

# Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbelaſſe der Zimmerer (Eingeführte Hilfskaſſe Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Preis pro Quartal ohne Bestellgeld Mk. 1,50. Anzeigen: die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 Pf., für Versammlungsanzeigen 10 Pf. pro Zeile.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Brinckmann, Hamburg. Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Fehlfstraße 28, I.

Nr. 43.

Hamburg, den 23. Oktober 1897.

9. Jahrgang.

## Lohnbewegung.

Platzsperrn sind verhängt in Delmenhorst über Schröder's Platz, in Greiz über die Geschäfte von August Andre und Ellinger, in Hannover über die Geschäfte von Eggers und Burmeister, in Ludwigshafen über die Geschäfte von Anterer & Söhne und Hoffmann & Söhne, in Schleswig über Boffgeran's Geschäft und in Stuttgart über Welz's Geschäft.

Der Bezug ist von vorstehenden Plätzen strenge fernzuhalten.

NB. Ueber den Stand der Streiks resp. Platzsperrn muß mindestens alle 14 Tage einmal ein Bericht bei der Redaktion eingehen, sonst bleibt die Warnung vor Bezug an dieser Stelle fort.

## Das Spitzel- und Provokateursystem der Ausbeuter.

Auf dem Parteitage der deutschen Sozialdemokratie, welcher vom 3. bis 9. Oktober d. J. in Hamburg getagt, sind Thatsachen zur Sprache gebracht worden, welche auch für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter große Bedeutung haben. Der Delegierte aus Wilhelmshaven bekräftigte die seinerzeit vom Marineminister im Reichstage bestrittene Behauptung, daß auf der Werft in Wilhelmshaven Arbeiter, die bei der Aufbringung der Streikmittel für die Hafnarbeiter in Hamburg thätig gewesen, entlassen worden sind. Der Delegierte fügte hinzu, die Werftdirektion habe offensichtlich bezahlte Delatoren (Angeber) in ihren Diensten gehabt. Der Parteisekretär Auer theilte darauf eine Thatsache mit, die, wie er selbst sagte, den angebeuteten Verdacht „fast zur Gewißheit macht“. Ihm sei vor einigen Monaten die Mittheilung gemacht worden, daß Angehörige der Polizei nach süddeutschen Orten gegangen und dort als Arbeiter in Fabriken eingetreten sind. Er habe Nachforschungen angestellt und die Mittheilung habe sich bestätigt; es seien also thatsächlich Angehörige der Polizei als Arbeiter in den Fabriken beschäftigt.

Es ist überflüssig, diesen Vorgängen hier die gebührende Kritik angedeihen zu lassen, das werden die Arbeitervertreter in den Parlamenten jedenfalls eingehender besorgen. Wir halten uns aber für verpflichtet, die durch solche Maßnahmen für die Arbeiterbewegung heraufbeschworene Gefahr zu schildern und so dazu beizutragen, daß die Gefahr möglichst abgewendet wird.

Wer in der Arbeiterbewegung die Zeit des Sozialistengesetzes mitgemacht, das Spionagesystem jener Zeit kennen gelernt und die Folgen der Denunziationen selbst zu fühlen bekommen hat, der wird bei dem Bekanntwerden solcher Thatsachen ganz unwillkürlich auf ein System schließen. Und in der That, wer das öffentliche Leben einigermaßen verfolgt, dem kann es nicht entgehen, daß wir seit Jahren mit einem Spitzel- und Provokateursystem zu thun haben. Wenn darüber wenig gesprochen und geschrieben wird, so nur deshalb, weil die Erfahrung lehrt, daß sehr leicht eine zweite Gefahr erzeugt werden kann, das ist die Spitzelriechelei! Wo diese

grasirt und wohl gar noch von zweifelhaften Elementen fruktifizirt wird, da bilden sich für die Bewegung schlimmere Zustände heraus, als sie das Spitzel- und Provokateursystem zu erzeugen fähig ist.

Hat man Zustände mit ertragen, wo der Freund dem Freunde nur mit Mißtrauen begegnet, wo sich Jeder in Gefahr glaubt, immer bespitzelt zu werden, dann wird man Alles daran setzen, solche Zustände nicht wieder werden zu lassen. Es geht aber nicht an, das Spitzel- und Provokateursystem gänzlich zu ignoriren; wir müssen vielmehr ein wachsames Auge darauf haben, ohne uns zur Spitzelriechelei hinreißen zu lassen.

Unter dem Spitzel- und Provokateursystem verstehen wir natürlich mehr, als daß sich Angehörige der Polizei unter die Arbeiter mischen. Wir meinen, es ist auch ein Stück dieses Systems, wenn Unternehmer sich Privatspitzel halten und Unternehmervereinigungen Provokateure bezahlen, die in Arbeitervereinigungen und -Versammlungen ihr Unwesen treiben. Diese Praktiken mit den oben angebeuteten zusammen, machen erst das Spitzel- und Provokateursystem aus.

Der Zweck dieses Systems ist nur der, die Macht der Arbeiterbewegung zu brechen. Die Mittel, welche angewendet werden, und die Wege, welche eingeschlagen werden, um den Zweck zu erreichen, sind nichtsdestoweniger sehr verschiedene. Die Spitzel und Provokateure arbeiten nicht etwa nach einer Schablone; das System zeitigt die verschiedensten Erscheinungen.

Dem einen Unternehmer genügt es, zu wissen, was seine Leute sich untereinander erzählen und was sie vielleicht sonst noch auf der Arbeitsstelle treiben. Er begnügt sich daher mit einem Spitzel, der duckmäuserig in Gesellschaft der übrigen Arbeiter sein Frühstück einnimmt, während der übrigen Zeit der Pause sich augenscheinlich in die Lektüre seines Stullenpapiers vertieft und auf etwaige Fragen ganz zerstreut ausweichende Antworten giebt. Ein anderer Unternehmer giebt viel auf die Gesinnung seiner Arbeiter; er bemüht sich, diese zu erfahren und hält sich dazu einen Spitzel. Dieser hört nicht nur duckmäuserig zu, was die übrigen Arbeiter sich erzählen, sondern er stoßert selbst an, fühlt Diesem oder Jenem auf den Zahn und giebt sich schließlich den Anschein, als sei er selbst ein Anhänger der verpönten Gesinnung. Andere Unternehmer wollen der heutigen Ordnung einen Dienst leisten und halten sich einen Provokateur, der auf alle Jene kräftig schimpft, die nur die Arbeiter belügen, sie dahin bringen, daß sie Organisationen bilden, nicht etwa, um die Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern um sich von den Arbeitergroßden dick Bäuche anzufressen usw. Solche Wiederwärtler lassen sich oftmals auch im Einverständnis mit ihren Brotaggebern in die Organisation aufnehmen, wo sie dann entweder zu erzählen wissen, daß die Unternehmer garnicht so schlechte Leute sind, als sie immer geschildert werden, oder aber sie geberden sich radikal. In diesem Falle geht den Leuten Alles zu langsam, sie bekämpfen die Führer der Organisation als ängstliche Philister, denen nur um die behäbige Existenz bangt, welche sie verlieren könnten, wenn etwas Geheutes unternommen würde. Unter

Umständen taugt auch die Organisationsform nichts, oder die Einrichtungen derselben passen nicht recht in's Zeug. Diese kosten dann natürlich nur zu viel Geld, das man viel besser in anderer Weise anwenden könnte.

Wir wollen den Faden nicht weiter spinnen, obgleich Stoff genug dazu vorhanden ist. Denn wir kommen auch so zu keinen sicheren Merkmalen für unsaubere Elemente. Ein großes Thätigkeitsgebiet dieses Gelichters wird leider auch von Personen beachtet, die nicht in den Diensten der Unternehmer oder der Polizei stehen, sondern nur von Mißgunst, Neid und anderen unschönen, aber noch nicht unehrlichen Eigenschaften besetzt sind und die möchten wir nicht so ohne Weiteres in den Geruch der bezahlten Lumpen bringen.

Hier sehen wir aber zugleich die großen Schwierigkeiten, die mit dem Kampfe gegen das bezahlte Spitzelthum verknüpft sind. Schlägt man energisch auf dasselbe los, dann trifft man nicht selten einen verärgerten und deshalb Opposition oder gar Obstruktion treibenden, im Uebrigen aber ehrlichen Mann, der leicht zum Märtyrer seiner Meinung gestempelt wird und so den Schaden anrichtet, der verhütet werden sollte. Wird gegen solche Personen aber weitgehende Toleranz geübt, dann ist damit auch den bezahlten Lumpen ein Freibrief ausgestellt.

In politischer Beziehung hat es die Sozialdemokratie so weit gebracht, daß Dynamitarden und andere „Blutwurst“-Propagandisten in Deutschland keinen Anklang finden; sie hat aber auch ein ganzes Heer von Spitzeln entlarvt und unschädlich gemacht. Die Mittel dazu hat sie in keiner Herenküche gewonnen; sie hat die Massen aufgeklärt und diejenigen Personen scharf in's Auge gefaßt, die eine auffällige Haltung zu der allgemein üblichen Parteitaktik eingenommen. Querulanten ist tüchtig auf die Finger geklopft und mit Spitzeln ist kurzer Prozeß gemacht worden.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, welche durch Auer's Mittheilung auf dem Parteitage nachgerade einsehen werden, daß die Gefahr näher ist als Mancher gedacht hat, können aus der Haltung der Partei viel lernen.

## Moderne Vauschäden.

Fr. L. Je mehr die bürgerliche Weltordnung ihrem in der Herstellung des unverföhnlichsten Klassengegensatzes bestehenden Endziele näher rückt, je mehr werden jene mannigfaltigen Schäden bemerkbar, die für den Denker die soziologische Forschung der Gegenwart erkennen gelernt hat. Jeder neue Tag bringt auf dem Gebiete der Volkswirtschaft Ueberraschungen und lernt uns ein Heer von wuchernden Schlingengewächsen kennen, die, ohne nützliche Bestimmung, lediglich auf Kosten der materiellen Volkskraft ihr Dasein behaupten. Der glänzende, mit flimmerndem Truggold geglättete Bau der modernen Gesellschaft birgt eben in seinem innersten Wesen ununterbrochen jene gewichtigen Ursachen, die für ganze Rassen und Stände von Menschen Veranlassung zu jenen für die wirtschaftlich Schwachen nachtheilig wirkenden Aktionen geben, die vom Standpunkte moderner Gesittung die schärfste Verurtheilung erheischen. Wie die Dinge im Zeitalter des

hoch entwickelten Kapitalismus liegen, haben wir es nicht allein lediglich mit einzelnen von der modernen Technik in erster Reihe und unmittelbar beeinflussten Berufsarten zu thun, die heute den Herd des Gedeihens für die entarteten Auswüchse des krankhaften Wirtschaftslebens bilden — und die krassen, für das Unhaltbare des gegebenen Zustandes zeugnenden Erscheinungen, sind durchaus nicht mehr isolirte Ausnahmefälle, die eine Generalisirung auf den ganzen sozialen Organismus nicht zulassen würden. So wie die Dinge liegen, zieht sich vielmehr der gierig auf Erwerb lauende, jedes Gemeinwohl störende Egoismus wie ein rother Faden durch alle Phasen unseres öffentlichen Lebens und bringt das zur Reife gehende Jahrhundert unter die Signatur eines feilen Geschäftsinnes, der die Menschlichkeit verdrängt und in seiner höchsten Entfaltung selbst jede Erdscholle zu einem gewöhnlichen Handelsartikel stampeln möchte.

Am deutlichsten offenbart sich wohl diese Thatsache im Baugewerbe. Der in seiner Entwicklung unaufhaltbar fortschreitende Kapitalismus hat auch hier keine bedenklichen Erscheinungen geschaffen, die den Charakter der modernen Privatwirtschaft deutlich zu kennzeichnen geeignet sind. Wer die Bauhätigkeit noch vor etlichen Jahrzehnten beobachtete, fand, daß man ein zu bauendes Haus ebenso wie jedes Stück Mobiliar oder einen sonstigen dem Gebrauche dienenden Gegenstand beim Baumeister bestellte, der die Ausführung übernahm. Zum großen Theil hat sich dieser einfache Vorgang geändert, wir finden ihn nur noch meist in den kleineren Städten oder bei besonderen kostspieligen Prachtbauten. Wenden wir aber heute unseren durch reges industrielles Leben emporgewachsenen Städten die Beachtung zu, so werden wir gewahr, wie die Herstellung von Bauten im echt großkapitalistischen Sinne betrieben und als ein spezieller Zweig moderner Großproduktion erscheint. Irgend eine unbenutzt liegende Rasenfläche, der man wohl durch Jahrzehnte keinerlei Beachtung schenkte, hat die Aufmerksamkeit eines mit dem industriellen Aufschwung und der damit verbundenen Bevölkerungszunahme rechnenden Bauspekulanten auf sich gelenkt. Der Boden, der bisher für Niemanden einen besonderen Werth hatte und zu billigem Preise zu erstehen ist, wird also einfach von dem „nüchternen Geschäftsmann“ auf legale Weise monopolisirt, und bald reihen sich auf der einst öden Fläche stattliche Bauten aneinander. Durch die fortschreitende Entwicklung des gesamten öffentlichen Verkehrs gewinnen die mit viel Berechnung errichteten Miethskasernen an Werth, und der betreffende Spekulant verkauft nun seine „Waare“ gegen entsprechend hohen, mühelosen Gewinn an den Mietbüttelnden. Bei

diesem rein geschäftsmäßigen Hergange an der Sache tritt nun vor Allem das Prinzip der rein kapitalistischen Theorie in den Vordergrund, was naturgemäß verhindert, daß die Ausgestaltung der Wohnungen meist auch nicht annähernd den einfachsten Grundsätzen der modernen Hygiene entspricht. Bei der Ausführung solcher für die Massen der Proletarier berechneten „Schleubauten“ offenbart sich auch jener rücksichtslose Egoismus, der den Unternehmer veranlaßt, skrupellos durch schlechte Schutzvorkehrungen das Leben der beschäftigten Bauarbeiter preiszugeben. Das Verwerfliche dieses ganzen Systems konnte nicht anschaulicher demonstriert werden, als dies kürzlich vor einem Wiener Richter dadurch geschah, daß ein Bauingenieur, der, über die Ursache eines erfolgten Gerüsteinsturzes befragt, ob sich solche Fälle nicht vermeiden lassen, trocken antwortete: „Ja, aber das kostet viel Geld“. Und viel Geld bedeutet das Ideal unserer kapitalistischen Geschäftshaber.

Wird nun aber anderenfalls mit der praktischen Ausnutzung solcher fertigen Bauten begonnen, so entrollt sich sofort eine andere verhängnisvolle Schattenseite. Enge, für Licht und Luft verschlossene Wohnräume, oder feuchte, schädliche Dünste entwickelnde Kellernischen, die heute um kostspieliges Geld an die heißgelosten Klassen vermietet werden, sind bekanntlich Brutstätten der verschiedenen Krankheiten, und man braucht nur jene warnenden Erscheinungen, als Cholera, Diphtheritis, Scharlach u. c. zu beachten, um endlich zu begreifen, daß es ein frevels Unternehmen ist, die Gesundheit eines Volkes einigen gewissenlosen Spekulanten zum Opfer zu bringen.

Wie sich nun solchen Dingen gegenüber ein wahrhaft zivilisirter Staat verhält, hat uns der Hamburger Medizinalrath Dr. J. B. Reinde in seinem Reisebericht über „Wohnungsfrage in England und Schottland“ mitgetheilt. In England und Schottland geschieht die Ueberwachung der Wohnungen auf Grund eines Gesetzes durch den Staat. In England besteht eine aus Gemeindevorstern gebildete korporative Behörde, welche die „Medical-Officers“, hygienisch gebildete ärztliche Beamte, die in der Regel keine ärztliche Praxis ausüben, zu ernennen hat. Es ist nicht erlaubt, Keller oder irgend welche Gewölbe zu separaten Wohnzwecken zu vermieten, wenn dieselben nach Erlaß des betreffenden Gesetzes erbaut oder umgebaut sind. Die öffentlichen Logirhäuser sind Bestimmungen unterworfen über die Zahl von Menschen, welche in einem solchen Hause aufgenommen werden dürfen. Das Gesetz bestimmt ferner über die Zahl der Personen, die ein Haus oder ein Theil desselben bewohnen dürfen, und räumt endlich den Sanitätsbehörden unumschränkte Gewalt ein,

gegen störrische Besitzer strafweise einzuschreiten und eventuell die Beseitigung sanitätswidriger Bauten vorzunehmen. In unseren deutschen Landen kennen wir allerdings solche entschiedene Maßregeln nicht, und die bürgerlichen Parteien werden sich hüten, den Schnitt in's eigene Fleisch zu wagen. Mit der Mißwirtschaft, die in der Herstellung sowohl als in dem Gebrauche der Bauten besteht, wird eben auch die Sozialdemokratie tabula rasa machen müssen.

## Skizzen aus dem Gewerkschaftsleben in Gent.

Von Dr. L. Barlez, Gent.

In unserem letzten Artikel (Correspondenzblatt Nr. 15 u. 16 lauf. Jahrgangs) über die Gewerkschaften in Gent bezeichneten wir diese als auf dem Gipfel ihrer Macht angekommen, sie zählten damals 17 943 Mitglieder. Aber diese Mitglieder bildeten nicht eine geschlossene Gruppe, sie standen nicht zusammen, sondern vertheilten sich auf drei politische Arbeiterverbindungen, von denen jede dem Schlagworte folgt, welches von den drei Parteien ausgeht: die Liberalen, die Katholiken (Sozialistenfeinde) und die Sozialisten.

Damals, im Laufe des Jahres 1895, hatten die Gewerkschaften einen so großartigen Aufschwung genommen, daß sie mehr als 12 pSt. der Gesamtbevölkerung von Gent in sich vereinigten. Es war ein Zeitraum der Ausstände, der Ausbreitung der Partei, des Kampfes gegen die oberen Klassen, welcher in einem Jahre die Macht der sozialistischen Gewerkschaften verdreifachte. Die Jahre 1896 und 1897 waren Jahre der inneren Störung, des Kampfes von Arbeitern gegen Arbeiter, der Ausperjurungen, der Verleumdung, von fortgesetzten unwahren Angriffen gegen die sozialistische Arbeiterpartei. Keine Woche verging, ohne daß die kleine antisozialistische Presse wüthende Angriffe brachte.

Es ist daher kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Gewerkschaften ihren Bestand nicht aufrecht erhalten konnten, die Zahl der Gewerkschaften sank von 53 auf 51, und die Anzahl der Mitglieder von 17 804 auf 17 393, das ist im Ganzen eine Verminderung von 411 Mitgliedern. Aber unter den verschiedenen Verbänden der Parteien unterlag die Anzahl der Mitglieder noch bedeutenderen Schwankungen: Die sozialistischen Gewerkschaften verminderten sich von 10 790 auf 9898 Mitglieder, die antisozialistischen von 2951 auf 2886, die unabhängigen von 2742 auf 2617 Mitglieder. Die Gewerkschaften der liberalen Partei vermehrten sich von 841 auf 1649, die christlichen Gewerkschaften von 279 auf 303 Mitglieder. Eine sozialistische Gewerkschaft trat aus dem sozialistischen Verbände aus und bildete mit ungefähr 40 Mitgliedern eine unabhängige sozialistische Gewerkschaft.

Wer hat den Vortheil von diesen Schwankungen? Die Liberalen. Das Wachstum ist sehr lebhaft und hat zweierlei Ursachen: Zu 1894 und 1895 hatten sich in den inneren Verhältnissen ernsthaftere Streitigkeiten gezeigt, wodurch sich die Mitgliederzahl stark verringerte, die Anzahl war damals ungewöhnlich klein. Unter Anderem predigten sie beständig den Frieden mit den Arbeitgebern und den Haß gegen die Sozialisten, sie sind von den Arbeitgebern gern gesehen, und der Beitritt zu ihren Gewerkschaften verschafft sichere Arbeit. Gedankenlose Arbeiter, bei denen der politische Grundgedanke noch nicht feststeht, haben hierüber eingehend nachzudenken. Schließlich bildeten sich zwei neue Gewerkschaften, welche sich bis jetzt noch zu keiner Partei bekennen. Die unabhängigen; ihre Anzahl

## Die Lepra.

Am 11. Oktober trat in Berlin im Sitzungssaale des Reichsgesundheitsamts, unter Theilnahme von offiziellen Vertretern fast aller Kulturstaaten der Erde, die internationale Lepra-Konferenz zusammen. Ihre Aufgabe war, Aufschlüsse und Verständigung herbeizuführen über Ursachen, Charakter und Bekämpfung der Lepra. Mit diesem Wort bezeichnet man eine der fürchterlichsten Seuchen, welche die Menschheit von Alters her heimgesucht haben. Längst glaubte man sie, wenigstens in Europa, erloschen, bis vor einigen Jahren festgestellt wurde, daß sie, und zwar auch in einigen Gegenden Deutschlands, immer noch ihre Herde hat. Im preussischen Kreise Memel ist ein Hauptherd ermittelt worden, den man auf Ansteckung aus Rußland zurückführt.

Im Folgenden wollen wir nach den besten Quellen\*) noch einige kulturhistorische Mittheilungen, betreffend die Lepra geben.

Die Lepra ist wahrscheinlich die älteste aller Seuchen; wenigstens steht fest, daß sie lange vor dem Auftreten der Pest dagewesen und zwar als „ständige Volkskrankheit“ — „ein chronisches, langsam tödtendes Leiden“, das in ätiologischem Sinne eine außerordentlich große Ähnlichkeit mit der Tuberculose hat. Schon im grauesten Alterthum war sie eine Geißel für den Orient. In den „Büchern Moses“ wird sie erwähnt unter dem

Namen Zarath (der weiße Ausfah) und im „Buche Job“ wird sie als eine Prüfung von Gottes Hand dargestellt. In Egypten und dem südlichen Vorderasien heimisch, verbreitete sich der Ausfah schon frühzeitig in das Abendland. Durch Berührung mit den Völkern Palästinas, mit Arabien, Phönizien, Syrien, Kleinasien, Persien u. c. fand sich die Krankheit schon frühzeitig auch in Rom ein. Wie Pausanias der elischen Stadt Lepreos und des Uebels (Lepra) gedenkt, an der die ersten Ansiedler litten, so erwähnte ihrer auch Cicero, als einer „häufigen Krankheit“. Zur Zeit des Plinius (1. Jahrh. n. Chr.), der ihr eingehende Beschreibung widmet, hatte man bereits einzelne Arten oder Abarten des Leidens kennen und unterscheiden gelernt.

Die alten Schilderungen der Krankheit stimmen im Folgenden überein: Die Symptome zeigten sich zunächst auf der Oberhaut; das Leiden ergriff aber auch das Zellengewebe der Fetthaut, ja selbst die Gebeine, das Mark und die Gelenke und vertritt in seinem Verlaufe so langsam, daß ein Mensch oft 20 Jahre und länger mit ihm behaftet sich hinschleppen konnte. Gleich einem Parasitengewächs durchzog und umgab das Leiden den ganzen Organismus. Es bildeten sich Knoten, die, erweichend und berstend, dem eigenthümlichen Ausfah- oder Leprageschwür Platz machten. Die Zerstörung der Gelenkbänder hatte das Abfallen einzelner Glieder, besonders der Finger und Zehen zur Folge. Schon früher wurde die Erblichkeit des Leidens mehrere Generationen hindurch beobachtet.

Ein schauerhaftes Uebel, das der religiöse Wahn noch furchtbarer machte. Man sah den Ausfah als eine von Gott verhängte Sündenstrafe an, der Herr schlug, wie die Bibel berichtet, Mirjam, die Schwester Moses,

weil sie gegen ihren Bruder murrte, mit Ausfah; ebenso den König Dazas und den Gehasi, den Knecht des Elisäus! Aus diesen Mythen folgte der fromme Wahn, „Gottes Hand“ habe den Lepra-Kranken berührt, ihn zu prüfen (wie den Job) oder ihn zu strafen.

Im vierten Jahrhundert traf die Kirche Anstalten zur Absonderung und Pflege der „Lepra“. In Italien, Frankreich und Deutschland entstanden die ersten Ausfahhäuser; eines der bedeutendsten war das in Paris, „St. Lazare“ geheissen, was später zur Bezeichnung aller Hospitäler als „Lazarethe“ Veranlassung gab. Im Jahre 630 sah sich Rothar, König der Longobarden, gezwungen, ein Gesetz zur Verhütung der Verschleppung der Seuche zu erlassen. Den angestrebten Erfolg hatte dieses Gesetz nicht, da jener gesammte Volksstamm noch im 8. Jahrhundert für durchgehend vom Ausfah angesteckt galt.

Nach Rückkehr vieler vom orientalischen Ausfah angesteckter „Kreuzfahrer“ trat im 11. und 12. Jahrhundert das Uebel stärker und häufiger als je zuvor auf. Der Holländer Straelz sagt in seinen „Beiträgen zur Geschichte der Lepra“: „Schon lange hatte der Ausfah im Abendlande tiefe Wurzeln im Volke geschlagen, namentlich war er unter den zahllosen Schaaren von Bagabunden, Bettlern und der gesunkensten Menschenklasse ganz allgemein. Das elende Leben der ärmsten Klassen war die unerlöschliche Quelle für die fortwährende Erhaltung des Ausfahes. In gewöhnlichen Zeiten lief die Schale des Glends in diesen Volksschichten nicht über; aber dann kamen wieder Momente, wo sie amwuchs zum brauenden Strome, welcher die Dämme, durch die die einzelnen Stämme von einander getrennt waren, durchbrach und sein verpestendes Gift über alle Kreise der Gesellschaft ergoß.“

\*) Häser, „Geschichte der epidem. Krankheiten“.

Brunner, „Die Krankheiten des Orients“.

Heusler, „Vom abendländischen Ausfah“.

Uetterodt zu Scharffenberg, „Geschichte der Heilkunde“ u. a. m.

ist schwankend. Sie setzen sich zusammen aus fünf Gewerbeverbänden, deren Mitgliederzahl sich 1897 vermehrte, und aus sechs Gewerkschaften. Von diesen sechs Gewerkschaften mußten sich drei im Jahre 1897 auflösen, eine vierte bildete sich zu einem Verein zur gegenseitigen Hülfleistung um. Im Jahre 1896 hatte man noch sechs unabhängige Gewerkschaften, hiervon bestehen heute nur noch zwei. Der Vorsitzende einer Gewerkschaft erklärte uns kürzlich, daß das ordnungsmäßige Bestehen kleiner Gewerkschaften unter diesen politischen Zuständen fast unmöglich wäre. Das soziale Leben überwiegt, weil man weiter nichts zu besprechen hat, als die kleinsten Interessen eines Gewerbebezuges in einer einzigen Stadt, und die Mitglieder ziehen vor, lieber in einen Verein einzutreten, wo man außer den Verhältnissen in den Gewerben auch die politischen Verhältnisse besprechen kann. Infolgedessen müssen alle die kleinen, unabhängigen Gewerkschaften nach und nach verschwinden.

Was den Verband der Lithographen in Gent anbelangt, so ist davon nur eine unabhängige Gewerkschaft vorhanden.

Die antifozialistische Partei (katholisch) hat einige Mitglieder verloren, aber die Zahl ihrer Gewerkschaften hat sich vermehrt.

Die sozialistische Partei hat 800 Mitglieder verloren. Der Verlust ist nicht groß, wenn man bedenkt, daß bis zum März 1895 die sozialistische Partei nur 2500 Mitglieder hatte und daß es ihr gelang, die Arbeiter in ihren Reihen zu halten, welche, dem anstehenden Beispiel folgend, sich haufenweise einschreiben ließen. Wenn man den außergewöhnlichen Feldzug der Presse bedenkt, welche mit Verdächtigungen gegen die Sozialisten von Gent losging, so muß man wohl erstaunen, daß sich die sozialistische Partei bis auf den Verlust einiger Hunderte Mitglieder hat halten können. Der Rückgang in der Mitgliederzahl ist hauptsächlich bei den Tagelöhnern und Hafnarbeitern zu verzeichnen, und es ist beinahe unmöglich, unter diesen einen Verein, der Bestand hat, zu gründen.

Wir wollen die Ursachen, welche es herbeiführten, daß die sozialistischen Gewerkschaften ihren Mitgliederstand hielten, kurz auseinandersetzen:

1. Zuerst haben die Gewerkschaftsbeamten glänzend ihre Schuldigkeit gethan. Es waren Auskünfte vorhanden, die Agitation drang in die Massen, ein Jeder bemühte sich, Mitglieder zu werben, und in einigen Wochen wuchs die Mitgliederzahl auf das Dreifache und Vierfache. Darauf aber ließ die Aufregung nach, die gleichgültig gewordenen Mitglieder zogen sich nach und nach zurück, ohne daß sich Jemand die Mühe gab, seinen Austritt anzugeben. In dieser Weise wurde die Gewerkschaft in ein bis zwei Monaten von Neuem verringert und die Treugebliebenen in ihrem Glauben erschüttert.

Bei diesem Steigen und Fallen konnten die Gewerkschaften nicht bestehen, und man nahm an, daß ein Beamter der Gewerkschaft, welchem die Entwicklung derselben angelegen ist und der über seine ganze Zeit zur Verbreitung gewerkschaftlicher Ideen verfügt, den Organisationen zu einem dauernden Bestande verhelfen könnte und die Mitglieder davon abbringen würde, zu verschwinden und sich zu zerstreuen. Dieses brachte für die Gewerkschaft freilich eine ziemlich große Ausgabe (von Frs. 1000 bis Frs. 1500), aber wäre der Vortheil nicht noch größer? Das ist bewiesen und die sozialistische Partei hat auch nach und nach vier solcher Beamten (Sekretäre) ernannt, wie diese auch bei den großen englischen Gewerkschaften vorhanden sind. Die Baumwollspinner (1639 Mitglieder) haben das Beispiel gegeben, bald darauf folgten die Metallarbeiter (1430 Mitglieder) und die Wollspinner (1000 Mitglieder). Jede dieser Gewerkschaften hat ihren bezahlten Sekretär. Auch für den gemeinsamen Verband der Gewerkschaften und

sozialistischen Vereine ist ein Sekretär mit Gehalt angestellt. Schließlich läßt die letzte der großen sozialistischen Gewerkschaften (die Brüdererschaft der Weber) in einem sozialistischen Blatte eine Anzeige erscheinen, worin einem Sekretär mit Gehalt Stellung angeboten wird.

Bei den fünf großen sozialistischen Gewerkschaften: den Maurern (634), Tischlern und Zimmerleuten (485), Metallarbeitern (129), Druckern und Schriftsetzern (90) und den Plumbiern [Klempnern?] (50), zusammen 1268 Mitglieder, besteht ebenfalls die Absicht, die Stelle eines Sekretärs zu besetzen. In der Praxis hat sich dieses System vorzüglich bewährt, die Gewerkschaften der Metallarbeiter und der Weber haben nicht allein ihre Mitglieder halten können, es haben sich diese sogar vermehrt.

2. Die sozialistische Partei hat die Gewohnheit, ihre Gewerkschaften mit Vortheil zu verwerthen und die kleinen Gewerkschaften, welche keinen Widerstand leisten können und nicht lebensfähig sind, zum Eingehen zu veranlassen. Sie hat auch die Gewerkschaft der Buchdrucker eingehen lassen, denn diese war nicht so stark, wie der Verband der Buchdrucker. Beide wurden miteinander verschmolzen. Nach einem Versuche, einen unabhängigen Verein zu bilden, schlossen sich die Arbeiter in den Papiermühlen der allgemeinen Kasse an. Die Gewerkschaften der Holzträger und der Tagelöhner haben sich jenenigen der Hafnarbeiter angeschlossen. Die kleine Gewerkschaft der Kleidermacher ist aus dem sozialistischen Verbände ausgetreten. Die Verbindung der Plumber (Klempner?) und Stellmacher mit den Metallarbeitern ist nahezu eine Thatsache, ebenso hört man immer von der Absicht, eine Gewerkschaft der Bauarbeiter zu gründen, welcher folgende Gewerbe anzugehören hätten: Maurer, Tischler, Zimmerleute, Maler usw. Die Anzahl der Mitglieder einiger Gewerkschaften ist von 22 auf 19 zurückgegangen.

Schließlich ist ein großartiges Projekt in Betrachtung: Die Errichtung einer allgemeinen Streikkasse; sämtliche sozialistischen Gewerkschaften von Gent sollen hier ihre Kräfte vereinigen, damit bei Ausständen gesiegt wird. Die Zentralkommission der Gewerkschaften würde die Verfügung über diese allgemeine Kasse haben, und dürfte hieraus nach Belieben Gelder entnehmen, um den Ausständen damit zum Erfolge zu verhelfen. Für dieses Projekt treten die kleinen Gewerkschaften ein, besonders die Hafnarbeiter, aber die großen Gewerkschaften sind durchaus dagegen. Diese wollen für sich bleiben und freie Verfügung über ihre Kasse nur zu Gunsten ihrer Mitglieder haben. Ueber diesen Gegenstand dürfte eines Tages ein heftiger Kampf entbrennen.

3. Man hat sich entschlossen, die Beiträge zu erhöhen. Infolgedessen haben mehrere Gewerkschaften sich entschieden, von ihren Mitgliedern einen wöchentlichen Beitrag von 20 Centimes zu erheben, dieses ist der höchste Beitrag, welcher in Gent bezahlt wird. Einige andere Gewerkschaften wagten nicht die Verpflichtung, für alle solche hohe Beiträge zu zahlen, einzuführen. Es blieb bei den alten Beiträgen, jedoch haben die Mitglieder, welche 20 Centimes bezahlen, einige neue eingeführte Vortheile. Diese bestanden bald in Streikunterstützung, bald in einer Pension für gewisse Fälle. In den beiden Fällen, wo dieses System fest eingeführt wurde, hat sich die überwiegende Mehrheit für die höheren Beiträge entschieden.

Nach Erreichung des wöchentlichen Satzes von 20 Cts. spricht man augenblicklich davon, noch weiter gehen zu wollen. Besonders wollen die Metallarbeiter das Beispiel der Engländer nachahmen und hohe Alterspensionen einführen; sie sprechen davon, die Beiträge auf 30 Cts. zu erhöhen. Dieses würde natürlich ihrer Streikkasse viel mehr Halt geben. Es würde die Schaffung umfangreicherer Unterstüßungs- und Pensionstassen erlauben, und die nachdenkenden Mitglieder werden nicht mehr zögern, sich für eine gefüllte Kasse zu entscheiden, welche ihnen so vielerlei Vortheile bietet, zu welcher

sie vielleicht bald ihre Zuflucht nehmen müssen. Um gewissens Mitgliedern, welche zu den Klassen beitreten oder daraus ausscheiden, je nachdem es ihnen Vortheil bringt, einen Strich durch die Rechnung zu machen, haben verschiedene Gewerkschaften mit mehr oder weniger Stimmenmehrheit eine Karenzzeit eingeführt.

4. Um die Mitglieder mehr an ihre Gewerkschaft zu fesseln, trachtet man darnach, die gegenseitige Hilfe immer mehr zu entwickeln. Mittels der höheren Beiträge errichtet man Kranken- und Streiklassen, sowie Unfall- und Lebensversicherungen usw., so daß, wenn sich ein Mitglied in seinem Alter zur Ruhe setzt, es einer sorgenlosen Zukunft entgegengeht. Diese Entwicklung der gegenseitigen Hilfeleistung hat eine kräftige Durchführung der Ausstände zur Folge. Bis heute befand sich in den Satzungen der Gewerkschaften die Bestimmung, daß kein Ausstand ohne Zustimmung der Generalversammlung unternommen werden dürfe; aber diese Vorschrift wurde nirgends beachtet. Wenn der Ausstand in's Werk gesetzt wurde, empfingen die Mitglieder Unterstützung, ohne darnach zu fragen, ob der Ausstand nach den Satzungen unternommen war. Daher fehlte es bei vielen Ausständen an Einigkeit und hatten dieselben keinen Erfolg. Jetzt fängt man an, strenge darauf zu achten, daß diese Vorschrift befolgt wird. Die Generalversammlung gab dem Vorstände der Gewerkschaft der Zigarettenmacher Unrecht, welcher einem Streikenden die Unterstüßung verweigerte, der von den Arbeitern in seiner Werkstatt allein Gewerkschaftsmitglied war und sich dem Ausstande angeschlossen hatte, ohne den Vorstand zu benachrichtigen; jedoch in den beiden Fällen der Weber und Wollspinner gab die Generalversammlung den Vorständen gegen die Streikenden Recht. Diese drei Fälle sind die einzigen Meinungsverschiedenheiten, welche über diesen Gegenstand zu unserer Kenntniß kamen.

Dank all' dieser Maßregeln hat die sozialistische Partei die hohe Anzahl von Gewerkschaften aufrecht erhalten können, welche 10 000 Mitglieder auf 150 000 Einwohner zählen, während die liberale und katholische Partei zusammen nur 5000 Mitglieder in ihren Gewerkschaften haben.

## Agitationsbericht.

Auf Veranlassung des Agitations-Comités für Schleswig-Holstein habe ich in der Zeit vom 25. bis 29. September fünf Orte der Provinz bereist, um dort Agitationsvorträge zu halten. Ich war in Rendsburg, Schleswig, Eckernförde, Kiel und Gaarden.

Die Versammlung in Rendsburg konnte des schwachen Besuches wegen nicht abgehalten werden. In Schleswig ließ der Besuch viel zu wünschen übrig. In Eckernförde war die Versammlung auch nur schwach besucht, indessen liegt das wesentlich daran, daß gegenwärtig nicht viel Zimmerer dort sind. In Kiel war der Versammlungsbesuch am besten. In Gaarden hatten sich die Verbandsmitglieder zusammengefunden und dazu noch einige organisirte Arbeiter anderen Berufs.

Es ist freilich kein angenehmes Bild, welches ich hier entworfen habe; in der Provinz, wo die Zahl der organisirten Zimmerer zu der Zahl der unorganisirten das beste Verhältniß von ganz Deutschland aufweist, erwartet Jeder gut besuchte Versammlungen, wenn es heißt, es soll darin für die Organisation gewirkt, es soll gewissermaßen eine Musterung abgehalten werden.

In einigen Versammlungen wurde der Bekanntmachung die Schuld an dem schwachen Versammlungsbesuch zugemessen. Ich glaube aber annehmen zu dürfen, daß die Ursache tiefer liegt. Aus den Publikationen im „Zimmerer“ ist ersichtlich, daß die Bauthätigkeit in Schleswig-Holstein nicht weniger als flott ist, ja, daß sie an den größeren Orten sogar sehr viel zu wünschen übrig läßt. Einige kleinere Orte machen davon eine

Am Ende des 12. Jahrhunderts war der Aussatz in Europa so allgemein verbreitet, daß man in manchen Gegenden eigene Priester, Kirchen und Friedhöfe für die Leprosen haben mußte.

Die allgemeine Furcht vor Ansteckung bewirkte, daß die Kranken von der übrigen bürgerlichen Gesellschaft ausgeschlossen wurden und auf den Verkehr unter einander angewiesen waren. Sie bildeten eine Art geschlossener Körperschaft, deren Charakter durch das gleiche Leiden, den gleichen Zustand und die gleiche Gerichtsverfassung bestimmt wurde. Dester wurden sie der Anzettelung sündlicher Verbrechen beschuldigt. Unter der albern Anschuldigung, sich mit den Juden zur „Brunnenvergiftung“ verschworen zu haben, erlitten im Jahre 1321 in Frankreich und Deutschland Hunderte von Leprosen die Strafe des Feuertodes.

Die von der Welt völlig ausgestoßenen Kranken fielen vorzüglich priesterlicher Obhut anheim, während die weltliche Behörde Richter und Aerzte zur Prüfung aller des Aussatzes Verdächtigen anstellte. Die Untersuchung geschah nach strengen Vorschriften und wurde dabei, wenn nöthig, Gewalt angewendet. Wer vom Richter und Arzt als aussätzig erklärt worden war, wurde dem Pfarrer der Gemeinde überwiesen. Dieser schritt dann zu feierlicher Absonderung und Ausschließung der Kranken von dem gesunden Theile seiner Mitmenschen, — ein Akt, der eine fürchterliche Nebligkeit mit den Zeichenfeierlichkeiten hatte und unter dem Namen „Separatio leprosum“ folgendermaßen beschrieben wird: Der Geistliche begab sich, unter Vorantragen von Kreuz und Weihwasser, vom Volke processionsweise begleitet, zum Hause des Kranken, der ihn, von seinen Angehörigen umgeben, von einem schwarzen Tuche bedeckt und mit verülltem Angesicht in seiner Thüre er-

wartete. Der Priester besprengte den Kranken mit Weihwasser und dann zog man mit ihm in Prozession zur Kirche. Hier mußte der Unglückliche vor dem Altare unter einem mit schwarzem Tuche überhängten Gestelle sitzen oder knien, um der Todtenmesse beizuwohnen, die nun über ihn, als sei er gestorben, gesungen wurde. Hierauf überreichte ihm der Priester die Leprosen-Ankräftung, die er vorher „gesegnet“; das „Kleid der Demüthigung“, ein Paar Handschuhe, ein kleines Fäßchen, einen Korb und eine Klapper. Auch ein Almosen reichte ihm der Priester und forderte die Anwesenden auf, ein Gleiches zu thun. Dann aber führte ihn der Priester, von der Gemeinde begleitet, hinaus auf's Feld, wo seine Hütte erbaut war oder das Haus der Aussätzig sich befand. Hier sprach der Priester das „Urtheil der Ausstoßung“: „Ich verbiete Dir, jemals in eine Kirche, in ein Kloster, auf den Markt u. z. zu gehen. Ich verbiete Dir, Dich an Brunnen oder sonstigen Wassern zu waschen; willst Du aber trinken, so schöpfe mit dem hylgeren Gefäß in Dein Fäßchen. Ich verbiete Dir, jemals ohne Dein Lazaruskleid aus Deiner Hütte zu wandeln, damit Andere Dich als krank erkennen. Ich verbiete Dir, irgend etwas, das Du kaufen willst, anders als mit einem Stäbchen aus der Ferne zu bezeichnen, um zu zeigen, was Du bedarfst. Ich verbiete Dir, in eine Schenke zu treten, um Wein zu kaufen, sondern stelle Dein Fäßchen vor die Thüre, und lasse Dir das begehrte Maß hineinschütten. Ich verbiete Dir, über Land gehend, irgend einem Fragen den zu antworten, Du seiest denn vorher gegen den Wind getreten, damit Jener nicht durch Deine Ausdünstung Schaden leide. Auch sollst Du nicht durch enge Pfade gehen, auf daß man Dir ausweichen könne. Ich verbiete Dir, die Handlehnen oder Stricke

der Stege jemals ohne Handschuhe zu berühren. Ich verbiete Dir, jemals in anderer als der Aussätzig Gesellschaft zu essen und zu trinken u. z. c.“

Damit war der Aussatz des Unglücklichen aus der bürgerlichen Gesellschaft vollzogen. Nach allgemeiner Rechtsanschauung war er bürgerlich todt; sogar seines Erbrechtes ging er verlustig; er stand außerhalb des weltlichen Gesetzes.

Nur zu bestimmten Zeiten des Jahres hatten die Aussätziges Erlaubniß, in die Ringmauern der Städte einzutreten, um sich mit Nahrungsmitteln und sonstigen Waaren zu versehen und Almosen in Empfang zu nehmen. Dann mußten sie bekräftigt ihre Klapper in Bewegung setzen, um Nahende zu warnen. An vielen Orten ließen die städtischen Verwaltungen den Kranken gewisse jährliche „Wohlthaten“ zu Theil werden; oft wurden die Verwaltungen auch von den Kranken in schriftlichen Vorstellungen angegangen um Kleidung und Nahrung.

Das Verschwinden des Aussatzes vermochte man erst nach der Reformation und sehr allmählig wahrzunehmen. Wie schon Eingang erwähnt, glaubte man in Europa längst ihn völlig überwunden. Und nun tritt es wieder auf, das fürchterliche Uebel, so daß die Kulturstaaten sich genöthigt sehen zu seiner gemeinsamen Bekämpfung. Durch eingehende Studien soll es gelingen sein, den Erreger der Krankheit zu finden. Das ist allerdings für ihre erfolgreiche Bekämpfung von höchster Bedeutung. Aber es ist dabei wesentlich die Beseitigung des Uebels, welchem in den Kulturstaaten noch so viele Millionen Menschen überantwortet sind, mit in's Auge zu fassen. Denn das Uebel ist der beste Nährboden jeglicher Seuche.

Ausnahme, unter anderen auch Eternförde. Dort ist nach mir gewordenen Mittheilungen noch in keinem Jahre soviel gebaut worden, wie in der letzten Saison, und ein Gang durch die Straßen bestätigt dies. Immerhin, solche Ausnahmen sind nicht im Stande, einem größeren Ländergebiet ein vortheilhaftes Gepräge aufzudrücken. Die Bautätigkeit ist in Schleswig-Holstein seit Jahren sehr flau.

Es ist nun nicht etwa eine unbedingte Nothwendigkeit, daß bei lahem Vangeheiß auch der Versammlungsbesuch zu wünschen übrig lassen müßte; aber es ist doch am Plage, so sagen, daß der theoretische Standpunkt der meisten Verbandsmitglieder sich mit der Meinung deckt, es bedürfe nur in den Zeiten des geschäftlichen Aufschwunges einer regen Vereinsthätigkeit, in den anderen Zeiten genüge es, wenn man seine Beiträge leiste.

Ich hebe diese Thatsache nicht nur hervor, um sie zur Entschuldigung zu benutzen, sondern vielmehr, um zu zeigen, daß es hoch an der Zeit ist, diesen Standpunkt zu überwinden. Ganz gewiß, der gekennzeichnete Standpunkt ist weit höher als derjenige: wenn Lohnbewegungen nicht möglich sind, überhaupt aus der Organisation zu verschwinden, was in anderen Gegenden vielfach befolgt wird. Aber die Zustände erfordern einen weit höheren Standpunkt! Gerade in flauen Zeiten bedarf es der Demonstration, um bei den Unternehmern die Gelfäfte, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, erst garnicht aufkommen zu lassen.

Gegenwärtig bedürfnis wir aber auch der Demonstration, um dem Unternehmertum die Zähne zu zeigen, damit es nicht gar zu frech wird bei den Forderungen zur Beschränkung der Koalitionsfreiheit usw. Jede gut besuchte Versammlung ist aber eine Demonstration; jede schlecht besuchte Versammlung schädigt das Ansehen der Organisation, schraubt den Respekt vor deren Macht herunter.

Die Versammlungen haben aber selbst in Schleswig-Holstein neben dem demonstrativen noch einen anderen Zweck. Ist unsere Organisation hier auch am weitesten gediehen, so ist sie immerhin auch hier noch sehr ausbreitungsfähig. Nach der Berufszählung von 1895 giebt es in Schleswig-Holstein, ohne Lübeck und Hamburg, etwa 5200 organisationsfähige Zimmerer und nur 1303 sind in 27 Zahlstellen organisiert!

Daß die uns fern stehenden Zimmerer nur sehr schwer und ein Theil davon vielleicht niemals zur Organisation zu bekommen ist, bildet natürlich kein Geheimniß; es läßt sich aber zweifellos noch sehr viel erreichen, wenn jeder jetzt schon organisierte Zimmerer seine Pflicht thut und den Muth nicht verliert. Von Muthlosigkeit zeugt aber schwacher Versammlungsbesuch.

Wenden diese Darlegungen auch nichts mehr an dem angeedeuteten Resultat der Agitation, so werden sie, so hoffe ich, ihren Zweck insofern nicht verfehlen, daß sie zu besserem Versammlungsbesuch in Zukunft beitragen. Ich meine, der Agitator soll nicht nur einen trockenen Bericht erstatten, oder unliebsame Thatsachen gar noch beschönigen, sondern dieselben zur Kenntniß bringen und zugleich für Abstellung derselben wirken. **August Brinquann.**

**Bericht der Agitationskommission der Zimmerer in der Prov. Sachsen, Anhalt und Braunschweig.**

Seit dem Bestehen der Kommission haben wir sieben Agitationstouren unternommen; es sind zwei Zahlstellen gegründet worden, in Ulrich und Helmstedt. In Schönebeck ist eine öffentliche Bauarbeiterversammlung veranstaltet worden; von den 15 organisierten Zimmerleuten, die dort sind, war aber nur einer erschienen.

Die Agitationskommission hat gethan, was sie konnte, nicht aber die Zahlstellen, welche zum Bezirk gehören. Die Korrespondenz zwischen denselben und der Kommission läßt viel zu wünschen übrig und viele Zahlstellen scheinen nicht mehr zu wissen, daß sie auch Beiträge an die Kommission zu liefern haben. Bisher hat die Zahlstelle Magdeburg noch immer ausgeholfen mit Darlehen, das muß jedoch in Zukunft überflüssig werden. Jede Zahlstelle und jeder einzelne Kamerad muß seine Schuldigkeit thun, wenn das gesteckte Ziel erreicht werden soll.

**Abrechnung.**

Einnahme: Aus Magdeburg für Agitationsmarken M. 20,50, Darlehen 65; aus Ottersleben 18,20, Diesdorf 9,89, Hohendobeleben 4,36, Barleben 3,20 und aus Schönebeck für Flugblätter zurück 9,50.  
Ausgabe: Für sieben Agitationstouren M. 19,50, für Flugblätter nach Helmstedt und Schönebeck 12,50, für Druck von 2000 Agitationsmarken 5,50, für Porto und Schreibmaterial 4,23 und für einen Stempel 2,50.

**Bilanz.**

Einnahme .....	M. 130,65
Ausgabe .....	„ 44,23
Bestand .....	M. 86,42

Für die Richtigkeit die Revisoren:  
Carl Kleinede. August Schleeß.  
Magdeburg, den 18. Oktober 1897.

**Ernst Mahn. Jul. Bloß. Herm. Papendieck.**

**Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission der Zimmerer Sachsens vom November 1896 bis Oktober 1897.**

Laut Beschluß der Bundeskonferenz der Zimmerer Sachsens wurde als Sitz der Kommission Leipzig bestimmt und wurden in Leipzig in öffentlicher Zimmererversammlung die Kameraden H. Foyer, Steinstraße 35, B.

Kührt und R. Kaiser als Mitglieder der Kommission gewählt.

Die Aufgaben, welche die Kommission zu erfüllen hatte, war vor Allen, die Agitation mit Energie zu betreiben, was Dank der sächsischen „Freiheit“ in Bezug auf Koalition gerade ein schwerer Punkt ist. Der übertragenen Pflichten bewußt, hat die Kommission rastlos gearbeitet, sie hat nicht blos in Versammlungen Referate gehalten, sondern sie fand noch reichliche andere ersprießliche Arbeiten. Die Korrespondenz wurde eine sehr rege, und am Ende November 1896 mußte dem Verlangen, in öffentlichen Versammlungen Vorträge zu halten, nachgegeben werden.

Im Dezember 1896 fand in Krimmitschau eine stark besuchte Versammlung statt, in Neßschau im Voigtlande konnte eine sehr stark besuchte Versammlung nicht stattfinden, weil die Behörde bei Beginn der Versammlung das Abhalten derselben verbot, weil die Ausgangsbür nach Zinnen schlug. Die Kameraden hielten sich aber auch ohne Saal und Polizei. Mit gutem Erfolg fanden dann in Reichenbach im Voigtlande und Zwickau Versammlungen statt.

Der Ausstand der Hafenarbeiter in Hamburg, welchen nunmehr die gesammte Arbeitererschaft unterstützte, brachte anscheinend unsere Agitation zur Ruhe. Im Frühjahr 1897 begann wiederum die Thätigkeit und es waren die Kameraden im Voigtland, welche wiederum an uns das Verlangen stellten, dort Versammlungen abzuhalten. Es fand nunmehr eine Versammlung in Neßschau statt. Charakteristischer Weise verbot der überwachende Bürgermeistervertreter bei etwaigen Wahlen von Lohnkommissionen, die Namen zu nennen (auch sächsisch). Die Versammlungen vom 25.—31. März fanden, einschließlich Neßschau, in Zwickau, Reichenbach, Mplan, Krimmitschau und Plauen statt. In letzterer Stadt (mit circa 250—300 Zimmerern) war es trotz größter Anstrengung nur auf einen Stamm von 8 Einzelzahlern zu bringen; es fehlt dort eine energische Führung. Außer in Plauen, wo 10 Zimmerer den Versammlungsbesuch ausmachten, waren die Versammlungen gut besucht. In Krimmitschau war die Versammlung überfüllt; dort wurde vom Gemeindevorstand (die Versammlung war in Leiteltsheim bei Krimmitschau) dem Referent Höher eine Zurechtweisung unter der Mahnung, christlich zu bleiben, zu theil, denn das Referat wäre Aufhebung usw. Bis heute hat sich H. aber über das gethane Verbrechen noch nicht entschümen können, trotzdem eine Anzeige auch noch nach Leipzig gelangte.

Sofort nach beendigter Generalversammlung wurde eine weitere Tour vom 24. bis 30. April über Geringswalde, Gartha, Waldheim, Frankenberg, Chemnitz, Freiberg, Baunzen und Pirna unternommen, jedoch waren nur Versammlungen in Freiberg, Baunzen und Pirna veranstaltet worden, welche nicht gut besucht waren, es wurden aber trotzdem recht gute Erfolge erzielt. Die Zimmerer in Döbeln hatten eine Versammlung damals abgehalten. Auch diese Tour zeigte, wie dringend notwendig es ist, Aufklärung unter die vielen Indifferenten zu bringen. Des Ferneren galt es, die größte Industriestadt, Chemnitz, d. h. die dortigen Zimmerer, der Organisation zuzuführen. Nach verschiedenen mündlichen Agitationen gelang es, im Juni eine öffentliche Versammlung zu veranstalten, wobei sich der erwählte Saal „Stadt Weissen“ als zu klein erwies. Der Erfolg war, daß etwa 100 Zimmerer als Einzelzahler dem Verbands beitraten. Am 10. August wurde eine weitere, abermals den Verband vergrößernde Versammlung im Schützenhause abgehalten, desgleichen eine am 14. September. Es war somit nach harter Arbeit gelungen, den unter noch strengem Polizeischutz als im übrigen Sachsen stehenden Chemnitzer Kameraden auf die Beine zu helfen, und unsere Bemühungen werden auch für die Dauer Erfolg behalten. Weitere Versammlungen wurden in Meerane und Burgstädt anberaumt. In Meerane kam es trotz 45 dem Verbands Angehöriger nur zur Besprechung, während in Burgstädt etwas Festes geschaffen wurde. Agitation wurde wiederholt betrieben in Glanbach, Frankenberg, Simbach, Hainichen, persönlich und durch Flugblattvertheilungen.

Des Ferneren hat der Bezirk Dresden regen Antheil an der Agitation genommen, und war ja unser verstorbener Jährig noch im April in Baunzen mit Flugblattvertheilen thätig. Durch die rege Antheilnahme des Bezirks Dresden in diesem Jahre waren auch die Erfolge bessere; im ganzen Kreise wurden Flugblätter vertheilt und Versammlungen in folgenden Ortschaften veranstaltet: Lötban, Baunzen, Cosselbade, Pirna, Neugersdorf, Freiberg, Coschwitz, theils mit gutem Erfolge; in Weissen sind alle Bemühungen erfolglos gewesen. Der Kreis Zwickau hat ebenfalls mit dazu beigetragen, um die Kameraden zu organisiren. Wenn hier der Erfolg als gering bezeichnet wird, so liegt das hier an den traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen, verschärft durch die polizeiliche Gewalt. Unter einem Theil der zu diesem Kreise gehörigen Kameraden herrscht geradezu eine an Stumpfheit grenzende Theilnahmslosigkeit; hier gilt es, auch bei negativem Erfolg wader weiter zu arbeiten.

Durch Stellung von Referenten und andere Thätigkeit hat die Kommission auch außerhalb der sächsischen Landesgrenze Arbeit genug bekommen und auch genug gethan. Es wurden Versammlungen in Halle, Eilenburg, Weissenfels, Naumburg, Lützen abgehalten und in Weissenfels und Lützen Zahlstelle errichtet, ferner in Gera, Greiz und Altenburg. Von der Lützener Polizei wurde Foyer wegen Gotteslästerung angezeigt, das Landgericht Naumburg hatte das Verfahren gegen H. jedoch eingestellt.

Fassen wir nun alles Vorermähnte für das Geschäftsjahr zusammen, so sind die Erfolge sehr zufriedenstellende. Es sind im Königreich Sachsen als zum Verbands ge-

hörig folgende Orte zu nennen: Baunzen, Coschwitz, Freiberg, Meerane, Chemnitz und Burgstädt.

Trotz zweier Versammlungen in Markranstädt ist an der Flauheit der Zimmerer dortselbst die Zahlstelle eingegangen, das Gleiche ist mit Gartha der Fall; im Außer-sächsischen ist Weissenfels und Lützen neu hinzugekommen. Es ist vieles gethan, aber noch lange nicht genug; wenn auch die Einzelnen gern und willig arbeiten, so lastet thatsächlich auf denselben zu viel, wenn in Erwägung gezogen wird, was alles verlangt wird. Trotz vieler Mühe konnte in Würzen nichts erreicht werden. Die Zimmerer einer Stadt beschwerten, sich weil kein Referent kam, der aber durch Umstände verhindert war. Am besten machten es die Kameraden in Plauen. Eine 14 Tage vorher per Brief an den Verbandsmann gerichtete Versammlungsanzeige lag am Tage vor der Versammlung noch uneröffnet im Verkehrlokal. Um nun nicht nutzlos erschienen zu sein, mußte der mit dem Vortrag beauftragte Kamerad einen Genossen zur Anmeldung der Versammlung suchen, was auch fünf Minuten vor Schluß der Anmeldefrist gelang. Es wurden Handzettel hektographirt, selbst herumgetragen unter theilweise strömendem Regen und Abends hatte man dann die Genugthuung, wenigstens einen Bruchtheil der Kameraden zu sehen. Wenn die Versammlung dortselbst eine gut besuchte war, so lag es daran, daß die in Leipzig streikenden und in Plauen arbeitenden Maurer zahlreich mit zur Stelle waren.

Kurz, so anerkenntswerth die Beihilfe der Einzelnen ist, so erschwerend wirkt aber auch die Theilnahmslosigkeit der Kameraden; noch vieler Mühe und Opfer bedarf es, um immer vorwärts zu kommen. Stillstand ist Rückschritt, aber um fortbauend arbeiten zu können, bedarf die Agitationskommission außer persönlicher Schaffenskraft noch dreierlei, nämlich: Geld, Geld und abermals Geld.

**Leipzig, im Oktober 1897. Die Agitationskommission der Zimmerer Sachsens.**

**Kassenbericht der Agitationskommission.**

Einnahme: Zimmerer in Leipzig M. 237, Döbeln 17, Plauen 6,40, Reichenbach 23,50, Neugersdorf 5,20, Mplan 12, Dresden 50, Zwickau 30, Chemnitz 15, Pirna 15, Krimmitschau 15, aus der Hauptkasse 200, Bestand vom vorigen Jahre (Uebergabe Dresden und Leipzig) 175,44. Summa M. 801,54.

Ausgabe: Druckkosten (Flugblätter, Handzettel) M. 66, Porto und Telegramme 45,11, Zeitverräumnisse (Agitationstouren) 218,25, Diäten 272,50, Fahrgelder 156,60, Schreibmaterialien 13,91, schriftliche Arbeiten (Zeitverräumnisse) 11,70, diverse Rechnungen der Kommission 23,50. Summa M. 807,57.

Bilanz: Einnahme M. 801,54, Ausgabe 807,57; Fehlbetrag M. 6,03. Noch nicht gedeckte Schulden M. 110, Gesamtschulden 116,03.

Zu bemerken ist, daß die Kosten für in nicht-sächsischen Orten betriebene Agitation und Versammlungen ebenfalls von der Kommission getragen wurden, aber Eingänge aus diesen Orten nicht zu verzeichnen sind; daher der Fehlbetrag.

Für die Revision: R. Herder, W. Stephan.

**Berichte.**

**Altenburg.** Am 10. Oktober fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in welcher Kamerad Foyer aus Leipzig einen Vortrag hielt über das Koalitionsrecht der Arbeiter. Redner verstand es, in nahezu zweistündiger Rede den versammelten Kameraden an praktischen Beispielen alle die Uebelstände vor Augen zu führen, welche überhaupt existiren, der Oeffentlichkeit aber immer noch nicht genug bekannt gegeben werden. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Dann wurde die Wahl eines ersten Vorsitzenden vorgenommen, da der bisherige, Kamerad Köhler, am 1. Oktober ein Opfer seines Berufes geworden ist. Kamerad Siegel wurde gewählt, welcher die Wahl auch annahm. Zur Auszahlung der Reiseunterstützung nahm unser Kassirer das Amt freiwillig an. Nach Erledigung kleinerer innerer Angelegenheiten Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Berlin.** Die hiesige Zahlstelle hielt am Sonntag, den 10. Oktober, eine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken der verstorbenen Mitglieder Schneider und Postl, in der üblichen Weise. Sodann erstattete der Kassirer Rickert den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Einnahme der Hauptkasse betrug M. 3967,24. Die Einnahme der Lokalkasse M. 2312,31. Die Ausgabe M. 1342,32. Mithin bleibt ein Bestand in der Lokalkasse von M. 969,99. Dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Nachdem sich die Versammlung des Längeren über den Werth und die Vortheile einer einheitlichen Organisation verbreitet, wurde für den Bezirk 2 Kamerad Sigmann als Bezirkskassirer gewählt, da der vorige Bezirkskassirer die Kassenkasse übernommen hat. Für das verstorbene Ausschußmitglied wurde Kamerad Federt in den Ausschuß gewählt.

**Braunschweig.** Am 7. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung, die Stellung nahm zu der eventuellen Wahl eines Gesellenausschusses. Wir haben hier bereits eine Innung seit Jahren, mit dem Gesellenausschuß aber schlechte Erfahrungen gemacht; die Innungsmeister beachten den Gesellenausschuß garnicht. Wir bringen aber auch diejenigen Kameraden, die in den Ausschuß gewählt werden und keine Jagagemaschinen sind, in Gefahr, ihre Existenz zu verlieren. Wir haben es erlebt, daß mißliebige Ausschußmitglieder durch Entlassung aus der

Arbeit unschädlich gemacht worden sind. Dies geht in Zukunft nicht mehr so glatt, indessen sind wir prinzipiell gegen die Beteilung an der Wahl. Den Innungsbrüdern hängt übrigens vor der Einführung des neuen Handwerkergesetzes. Es werden ihnen durch dasselbe Privilegien genommen, welche ihnen bis jetzt ungerechter Weise verliehen waren. Hauptächlich dem so überaus mündungsfähigen Oberinnungsmeister Albert Nieß ist es nicht recht, daß den jetzt bevorzugten Innungen, wenn diese nicht bis zum 27. Februar nachweisen können, daß ihnen mehr Mitglieder angehören, als die außerhalb derselben stehenden Handwerker an Zahl betragen, das Recht genommen werden soll, Lehrlinge auszubilden und Befähigungsnachweise auszustellen. Bekanntlich haben gerade Baugewerksinnungsmeister in den letzten Jahren ihre Lehrlinge an die so verhassten Bauunternehmer verborgt, ohne darnach zu fragen, ob die Ausbildung derselben darunter leide, und die Innung selbst hat dies stillschweigend gutgeheißen. Jetzt soll eine lebhafteste Agitation entfaltet werden, die nicht innungsfreundlichen Handwerksmeister zu zahlenden Mitgliedern der jetzt bestehenden Innungen zu werden. Den Befähigungsnachweis wird natürlich jeder sich zum Eintritt Meldende mit Leichtigkeit erbringen, dafür bürgt die Furcht vor dem Verlust der Privilegien und vielleicht auch die Furcht vor den „rändigen Böcken“, mit denen man wohl später zu thun haben wird. Und alles dieses bringt das neue Handwerkergesetz, nach welchem die Zunftweise am meisten geschrieben haben, welches aber glücklicherweise nicht nach deren Wünschen formuliert worden ist, zu Stände. Wir wollen deshalb abwarten, was aus der hiesigen Innung noch wird. Nachdem wurde das Verhalten eines Kameraden, der früher hier in Braunschweig thätig war, jetzt aber anderswo ist, hier aber noch einige Schulden hat, einer scharfen Kritik unterzogen. (Den uns hierüber zugegangenen Bericht können wir unmöglich abdrucken, da derselbe mehrere Beleidigungen enthält, für welche wir die preßgesetzliche Verantwortung nicht übernehmen. D. N.)

**Elberfeld.** Am 14. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung; der Besuch ließ schon zu wünschen übrig. Der Kassirer verlas die Abrechnung vom dritten Quartal, welche die Revisoren für richtig erklärten. Hierauf wurde beschlossen, eine Vorstandssitzung mit Hinzuziehung der Platzdeputirten in nächster Woche abzuhalten, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse Elberfelds und Umgegend festzustellen. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde beschlossen, daß die Platzdeputirten die Verbandsbücher kontrolliren.

**Glückstadt.** Am 11. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung. Kamerad Mohr wurde zum Vorsitzenden gewählt, mit der Auszahlung der Reiseunterstützung wurde der Kassirer betraut, außerdem wurden die Kameraden Sillbrandt und Henkel zu Kartelldelegirten gewählt. Der Kassirer beklagte sich über verletzende Aeußerungen eines Kameraden, derselbe war in der Versammlung nicht anwesend und konnte daher nicht zur Rede gestellt werden. Es wurde angeregt, in der nächsten Versammlung unseren Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprechen. Die Abrechnung wurde verlesen. Die auswärtigen Kameraden werden ersucht, die Versammlungen zu besuchen, und die Fremden, bei der Abreise sich abzumelden.

**Gotha.** Am 5. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende gab eine Uebersicht über die bis jetzt betriebene Agitation. Wir haben in den Waldorten Boden gewonnen, so daß anzunehmen ist, daß auch dort bald der Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt werden wird. Bei zwölfstündiger Arbeitszeit werden dort theils noch Löhne von M. 2,20—2 gezahlt. Beschllossen wurde dann, für nächstes Jahr 30 M. Minimallohn pro Stunde zu fordern, für Junggesellen, die bisher 15 M. bekamen, 22 M.

**Großzimmern.** Am 10. Oktober tagte eine öffentliche Zimmererverversammlung, in der Kamerad Bolack einen Vortrag hielt über die Ziele des Verbandes der Zimmerer Deutschlands. In der darauf folgenden regen Diskussion ermahnte Kamerad Wörtche zur Gründung einer Verbandszahlstelle. Herr Göbel, der zweite Vorsitzende des hiesigen Bauhandwerkervereins, sprach dagegen. Einige Kameraden unterzogen das Verhalten der Parteiführer einer harten Kritik. Kamerad Krest wies darauf hin, daß es so wie bisher nicht weiter gehen könne, die Versammlung möchte beschließen, eine Verbandszahlstelle zu gründen. Es wurde eine Kommission, aus sieben Personen bestehend, gewählt, welche die nöthigen Vorarbeiten besorgen soll.

**Hamelu.** Am 5. Oktober tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. In derselben wurden die Kameraden Neubauer zum ersten Vorsitzenden, Hohlstein zum zweiten Vorsitzenden und Brümmer zum Kassirer gewählt. Die Regulirung des Arbeitsnachweises wurde dem Kameraden Moritz übertragen. Die Kameraden Meine und Fraß sollen aufgefordert werden, in der nächsten Versammlung zu erscheinen. Dann fand eine Vorlesung statt.

**Hof.** Am 14. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung, in welcher die Abrechnung vom 3. Quartal verlesen wurde. Dieselbe schließt ab mit M. 305,71 Einnahme und M. 138,42 Ausgabe, bleibt Bestand in der Lokalkasse M. 167,29. Die Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt, worauf dem Kassirer Decharge erteilt wurde. Ein Antrag, zu Weihnachten ein Vergnügen abzuhalten, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Ferner ist zu berichten, daß jetzt unsere Versammlungen nicht mehr in der „Deutschen Eiche“ abgehalten werden, sondern der Reihensolge nach, nämlich alle 14 Tage im Restaurant Hager, Marienstraße.

**Jachoe.** Am 12. Oktober tagte eine öffentliche Versammlung. „Die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation“ erläuterte Kamerad Kemmer in kurzen

Worten. Dann wurde über „Die Arbeitsangelegenheit auf der Zementfabrik“ verhandelt. Es waren nur etwa zwölf Zimmerer von der Fabrik anwesend. Eine längere Debatte zeitigte folgender Antrag: „Beauftragte, daß die Kameraden morgen bei der Lohnzahlung einen Stundenlohn von 42 M. fordern; wird der Lohn nicht bewilligt, so ist sofort anzuhalten.“ Sämmtliche jungen Kameraden, welche daselbst arbeiten, nahmen diesen Antrag an. Es sind dann am Mittwoch, den 13. Oktober, zehn Mann aufgehalten. Als sie bei dem Werkführer vorstellig wurden, gab er ihnen zur Antwort: „Wenn Ihr nicht für 38 M. Stundenlohn arbeiten wollt, müßt Ihr aufhalten!“ Es stellte sich Abends heraus, daß fast sämmtliche Kameraden, welche die Arbeit eingestellt hatten, dem Verbandsangehörten; sie hatten es nur veräumt, sich anzumelden. Ein Kamerad ließ sich aufnehmen. Die Fabrik sucht jetzt wieder in den hiesigen Zeitungen Zimmerer für „gute Akkordarbeit“. Es ist aber Pflicht eines jeden Kameraden, die Fabrik, so lange die Forderungen nicht bewilligt sind, zu meiden.

**Kostheim.** Am 9. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung, in der Kamerad Kostadt aus Mainz einen Vortrag hielt über Zweck und Nutzen der Organisation, der ihm reichen Beifall eintrug. Die Kameraden Lagus und Schäfer wurden zu Kartelldelegirten gewählt. Der „Zimmerer“ wird Sonntags von 12 bis 2 Uhr im Verkehrslokal bei Kamerad Gerich „Zum Freihof“ ausgegeben; zur selbigen Zeit werden dort auch die Beiträge entgegengenommen.

**Langendiebach.** Am 9. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung, in welcher die Abrechnung verlesen und deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Dem Kassirer wurden M. 3 Entschädigung bewilligt: in Zukunft soll er pro Mitglied und Quartal 15 M. bekommen.

**Spandau.** Am 4. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung, die sehr gut besucht war. Genosse Trompler hielt einen Vortrag über historischen Materialismus. Es wurde dann berathen, welche Taktik wir einschlagen wollen, um die Zahlstelle auf die Höhe der Zeit zu bringen und sie zu erhalten. Die Platzdeputirten wurden ermächtigt, die Bücher zu kontrolliren und den Beitrag von Denjenigen, welche über neun Wochen im Rückstande sind, einzuziehen und dem Kassirer zu übermitteln. Der Ueberfluß vom Stiftungsfest beträgt M. 21,80, davon wurden M. 10 zu einem guten Zweck bewilligt, der Rest wurde der Lokalkasse überwiesen.

**Wolfsenbüttel.** Am 3. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung. Es wurde ein Anzahler der Reiseunterstützung gewählt und die Anwesenden wurden ersucht, sich am Gewerkschaftsfest recht zahlreich zu betheiligen. Der Kartellbericht wurde zurückgestellt, da der Vertrauensmann der Meinung war, er dürfe denselben in einer Mitgliederversammlung nicht erstatten.

**Zwickau.** Am 10. Oktober tagte eine öffentliche Zimmererverversammlung. Es wurden unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen. Nachdem verschiedene Redner die jetzigen Verhältnisse klargestellt, welche viel zu wünschen übrig lassen, beschloß die Versammlung einstimmig, für 1898 einen Stundenlohn von 40 M. und zehnstündige Arbeitszeit zu fordern. Ferner wurden die Mitgliedsbücher, respektive die gelbsten Extramarken jedes Mitgliedes kontrollirt. Zur Auszahlung der Reiseunterstützung wurde Kamerad Schmalfuß gewählt.

**Baugewerbliches.**

**Risiko der Bauarbeiter.** Leipzig, 11. Oktober. Auf dem Neubau der katholischen Schule in Zinbenu wurde von einer Winde das untere Ende eines Seiles, an dem sich ein 15 Pfund schwerer eiserner Haken befand, aus der ersten Balkenlage herabgeschleudert und fiel einem Maurer auf den Kopf. Der Mann wurde so schwer verletzt, daß er mittelst Droschke in's Krankenhaus geschafft werden mußte.

**Dresden, 12. Oktober.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Donnerstag Vormittag bei dem Baue des neuen Fluthkanals östlich der Bahnhofstelle in Cotta. Mehrere Arbeiter bewegten eine etwa drei Zentner schwere Steinzeugplatte (Siderplatte) über den Kanal, das Podium zerbar und zwei Arbeiter stürzten mit dem Steine in in die sieben Meter tiefe Auskachtung. Außer Fleischwunden dürsteten beide Männer innerliche Verletzungen davongetragen haben.

**Berlin, 15. Oktober.** Ein schwerer Bauunfall hat sich auf dem Neubau des Israel'schen Geschäftshauses in der Spandauerstraße ereignet. Dortselbst war der 47 Jahre alte Arbeiter Johann Barwitz an der Winde beschäftigt, mit welcher die schweren Eisentheile in die oberen Stockwerke hinaufgenommen werden. Witten in der Arbeit fanke die Winde plötzlich zurück und Barwitz wurde von dem zurückschnellenden Windenarm derartig gewaltig am Kopfe getroffen, daß er, aus einer tiefen Wunde blutend, bewußtlos zusammenbrach.

**17. Oktober.** Vom Neubau des Domes ist gestern aus einer Höhe von etwa 16 Metern der Arbeiter August R. abgestürzt. Der Unglückliche, der beide Beine gebrochen hat, wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

**München, 15. Oktober.** Bei den Reparaturarbeiten an Gebäude des Kriegsministeriums stürzte gestern Nachmittag ein Steinwerk infolge eines Fehltritts vom Gerüst auf das Trottoir und verletzte sich nicht unerheblich am Kopfe.

**Augsburg, 10. Oktober.** Am Montag stürzte an einem Neubau ein Maurer vom Gerüst ab und zog sich bedenkliche Verletzungen zu. — In einem Neubau an der Göggingerstraße verunglückte ein Zimmerer beim

Abladen einer Fuhrer Bauholz derartig, daß er in das Spital gebracht werden mußte.

Als am 9. d. M. beim Kirchenbau zu Döbenheim (Pfalz) die Bogen vom Gergewölbe abgenommen werden sollten, stürzte das Gewölbe ein und verschüttete vier Arbeiter; sie wurden alle sofort wieder herausgeschafft, jedoch waren zwei derselben bereits todt.

**Ludwigshafen.** Am 5. Oktober stürzte infolge eines Fehltritts ein Maurer aus der dritten Etage eines Neubaus ab und zog sich schwere Verletzungen zu.

**München, 12. Oktober.** Ein Neubaeinsturz, der leicht unberechenbare Folgen hätte haben können, erfolgte am letzten Samstag, Mittags 3/4 12 Uhr, in Giesing. Dort war man damit beschäftigt, im Hofe des Holzbearbeitungsgeschäfts-Anwesens von Reuß und Deut eine Stallremise zu errichten. Das Gebäude, das vom Baumeister Sepp aufgeführt wurde, war seiner Vollendung nahe, als um die besagte Zeit das ganze Mauerwerk plötzlich in sich zusammenbrach, einen wüsten Schutt- und Trümmerhaufen bildend. Und nur einem glücklichen Zufall muß es zugeschrieben werden, daß nicht eine Anzahl im Innern des Bauwerks beschäftigter Arbeiter, die wenige Minuten vor der Katastrophe die Mittagspause begonnen und den Bau verlassen hatten, verschüttet wurden.

Sachverständige, die sich alsbald an der Unfallstelle einfanden, gaben ihrer Bewunderung einstimmig darüber Ausdruck, daß im Hinblick auf das verwendete Baumaterial das stolze Gebäude überhaupt nur so lange ausgehalten hat. Allgemein war man der Ansicht, daß bei einer solchen Bauart der Einsturz erfolgen mußte und es die Pflicht der Baubehörde gewesen wäre, einem solchen Treiben von vornherein die Regel vorzuschreiben. Es erregte deshalb auch berechtigter Heiterkeit, als nach dem Einsturz ein Herr von der städtischen Baukommission erschien und einige Hände voll sogenannten Mörtels schön säuberlich in ein Stück Papier einwickelte und mitnahm. Durch die ohne Zweifel folgende gerichtliche Untersuchung wird ja wieder ein Exempel dafür statuirt werden können, wie man in München baut.

**Aus Nürnberg.** Am 13. Oktober ist ein schreckliches Baumglück passiert, an dem Neubau des Baumeisters Schreiber in der Werberstraße. Drei Maurer waren damit beschäftigt, einen schweren Sandstein auf dem Dach gemist in seine Lage zu bringen. Plötzlich hoben sich am Ende des Gerüstes zwei Querbalken aus ihren Lagern und die drei Maurer, ein Theil des Gerüstes und der schwere Sandstein stürzten in die Tiefe. Einer der Maurer war sofort todt, während die beiden anderen schwer verletzt in das städtische Krankenhaus verbracht wurden. Dem Einen sollen beide Hüfte und beide Arme, dem Anderen der eine Fuß zweimal gebrochen sein. Schuld an dem Unglück ist die unverantwortliche Leichtsinngigkeit, mit welcher das Gerüst hergestellt wurde. Dasselbe besteht aus einigen dünnen Gerüststangen, an welche die Querbalken auf einer Seite mit Stricken befestigt sind, während das andere Ende auf knappe Dachsteinslänge in der Mauer ruht, ohne von innen befestigt zu sein. An der Unglücksstelle ist die äußerste Gerüststange so dünn, daß an dem oberen Ende noch ein Stück zur Verstärkung angebunden wurde. Als nun die Maurer den schweren Stein auf die Mauer schieben wollten, bog sich das Gerüst nach der Straße zu und zog die Querbalken aus ihrem Lager. Das Unglück konnte daher nicht ausbleiben. Einige Maurer behaupteten, daß erst am Dienstag der Polier auf die Gefährlichkeit des Zustandes aufmerksam gemacht worden ist. Im Laufe dieses Sommers ist es das vierte Mal, daß bei den Neubauten des Baumeisters Schreiber in der Werberstraße Leute abhürzten. Nachträglich erfahren wir, daß der Maurerpolier des Baumeisters Schreiber gestern Nachmittag verhaftet wurde, da ihn ein großer Theil der Schuld trifft, indem er die Aufforderungen der Maurer, das Gerüst besser zu befestigen, unbeachtet ließ.

Am 15. Oktober wäre bald wieder ein großes Unglück an dem Jammerbau vorgekommen. Das Unglücksgerüst kam nämlich wieder in's Rutschen, aber nach innen zu, so daß sich die darauf stehenden Leute an den vorgehobenen Riegeln festhalten konnten, außerdem wären sie in die Tiefe gestürzt. Sie schwebten eine Zeit lang frei in der Luft, bis sie von anderen Arbeitern hineingezogen werden konnten.

Am 16. Oktober hat sich dann der Magistrat endlich einmal wieder mit der Bauarbeiterschußfrage befaßt. Bau Rath Weber brachte vor, daß man bei dem Unglücksfalle in der Werberstraße wieder von mangelhafter Bauaufsicht rede. Der Bau war bis zum Hauptgesims fertig und war noch ein Eckstein aufzusetzen; dieser befam das Uebergewicht und kippte über; nun stemmten sich die drei Arbeiter gegen das Gerüst, dieses war innen nicht angehängt und gab nach. Der Bau führer hatte dem Polier, der selbst ein Opfer wurde, gesagt, nicht zu viel wegzuhauen.

Die Kontrolle findet jeden sechsten Tag statt und mehr könne man nicht verlangen. Rechtsrath Beck gibt eine Uebersicht der Bauten und Unglücksfälle: 1894 kamen bei 833 Bauten 391 Unfälle vor; 1895 bei 907 Bauten 545; 1896 bei 1081 Bauten 669 und 1897 in drei Vierteljahre bei 1076 Bauten 628 Unfälle. Die Mehrzahl der Unfälle liege in den vermehrten Bauten; von Schuß meint, es mache den Eindruck, als vermehrten sich die Unglücksfälle; er müsse jetzt ernstlich darauf dringen, die Verhandlungen mit der Baukommission der Bauhandwerker zum Abschluß zu bringen; entweder sind diese Beschwerden berechtigt, dann müssen Einrichtungen zur Abhilfe getroffen werden, oder sie sind es nicht, dann müsse dies klargestellt

werden; wenn man auch nicht alle Unglücke verhüten könne, müsse man doch suchen, sie auf das geringste Maß einzuschränken.

Die Bauarbeiter haben alle Ursache, jetzt kräftig nachzufassen, bevor Gras über die Sache wächst. Es bleibt natürlich auch in anderer Hinsicht noch sehr viel zu thun übrig, die Freiheit der Ausbeuter wird immer größer. Eine recht nette Baustelle ist z. B. der Neubau in der Guffstahl-Lugelfabrik, Fürherstraße, den Baumeister W. . . leitet. Außer seinem Gekoch haben die Arbeiter auch die „feinen“ Titel „Hindvieh“, „Faulleuger“ usw. von ihm anzuhören.

**Die Bauhätigkeit in Erfurt** wird sich, wie kapitalistische Zeitungen zu melden wissen, im kommenden Jahre in geradezu großartigem Maßstabe entwickeln.

**Hoher Lohn und kurze Arbeitszeit bewirken größere Leistungsfähigkeit!** Das ist ein national-ökonomischer Lehrsatz, der selbst für Verufe seine Richtigkeit hat, wo die Maschine nicht eingebunden ist. Im „Zentralblatt der Bauverwaltung“ beschreibt Regierungsbaumeister G. Regel den Bau einer katholischen Kapelle in Alledorf an der Werra, einem kleinen Orte, wo die Arbeitszeit der Bauhandwerker übermäßig lang und der Arbeitslohn außerordentlich niedrig ist, so daß die meisten Bauhandwerker nach answärts arbeiten gehen. Es handelt sich hier auch nur um einen ganz kleinen Bau, die Baukosten betragen ohne innere Einrichtungen nur rund M. 16 000. Der Bau wurde 1890 begonnen, am 3. Februar wurde der Grundstein gelegt; die Vollendung sämtlicher Arbeiten erfolgte erst Pfingsten 1892. „Die lange Bauzeit“, schreibt Regel, erklärt sich theils aus der zwar gediegenen, aber sehr langsamen Arbeit der anständigen Handwerker“.

## Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

**Aus Lehnin** wird uns geschrieben, daß die Zimmerer am 10. Oktober beschlossen haben, folgenden Lohntarif den Zimmermeistern zu unterbreiten:

1. Vom 1. April 1898 ab beträgt der Minimallohn pro Stunde 30  $\mathcal{M}$ , bei Arbeiten über Land 33  $\mathcal{M}$ . Für Junggesellen (innerhalb eines Jahres nach beendeter Lehrzeit) beträgt der Minimallohn 2  $\mathcal{M}$  weniger pro Stunde.

2. Sind Montags nach der Arbeit und Sonnabends von der Arbeit weite Wege zurückzulegen, so soll die Zeit voll bezahlt werden.

3. Die Arbeitszeit dauert im Sommer von 6 Uhr Morgens bis 6 1/2 Uhr Abends. Pausen sind: 1/2 Stunde Frühstück, 1 Stunde Mittag, 1/2 Stunde Vesper; Sonnabends ist um 5 Uhr und an den Tagen vor den hohen Festen um 4 Uhr Feierabend, ohne Lohnabzug. In den Wintermonaten richtet sich die Arbeitszeit nach der Dauer des Tages.

4. Wasserarbeiten werden mit 2  $\mathcal{M}$  Aufschlag pro Stunde bezahlt.

5. Die Lohnauszahlung findet Sonnabends auf der Baustelle statt.“

**Aus Ellrich.** Am 10. Oktober beschloß eine Zimmererversammlung, an die Zimmermeister die Forderung zu richten, die wöchentliche Lohnzahlung einzuführen.

**Aus Wittenberge** geht uns ein längeres Schreiben zu, in welchem über den Schlandrian der dortigen Verbandsmitglieder Klage geführt wird, die glauben, genug zu thun, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, Versammlungen aber nicht besuchen. Zu der Versammlung am 6. Oktober ist ein Mann erschienen.

**Aus Memel** wird uns geschrieben, daß sich unsere Zahlstelle wiederum hat ein anderes Lokal suchen müssen. Dem Wirth des bisherigen Lokals war eingestuft worden, die Zahlstelle sei ein sozialdemokratischer Verein, und da hat er Angst bekommen und gekündigt. Im Uebrigen wird der Jubelentschieden der dortigen Arbeiter und die Stupidität der 15 Zunftgesellen beklagt, die noch immer der modernen Bewegung Hindernisse in den Weg legen.

**Aus Tschob** wird uns geschrieben: Auf der Zementfabrik haben am 13. Oktober sämtliche dort in Arbeit stehenden fremden Zimmergesellen (10 Mann) die Arbeit niedergelegt, weil auf ihr Ansuchen an die Fabrik der ortsübliche Lohn von 42  $\mathcal{M}$  nicht bewilligt wurde. Der Vorstand der Zahlstelle warnt daher vor Zuzug nach der Zementfabrik und es ist jedes Zutreten da verboten. Lasse sich Keiner durch schwindelhafte Annoncen hierher locken.

**Aus Berlin** liegt ein Situationsbericht und die Abrechnung vom Agitations- und Unterstützungs-fonds der Zimmerer Berlins und Umgegend vor, für die Zeit vom 25. Juni bis 30. September 1897. Der Situationsbericht deckt sich mit den bisherigen Publikationen des „Zimmerer“; erwähnenswert ist daraus noch, daß am 2. und 3. September in Berlin und der Umgegend 4312 arbeitende Zimmerer gezählt wurden, davon arbeiten 2898 bei 326 Unternehmern für den Stundenlohn von 60  $\mathcal{M}$  und 1414 bei 96 Unternehmern für 55 bis 60  $\mathcal{M}$ . Die Abrechnung weist M. 31 346,84 Einnahme und M. 28 189,35 Ausgabe auf. In der Einnahme ist ein alter Bestand von M. 5877,49 enthalten. Von den einzelnen Posten der Ausgabe heben wir hervor: M. 16 863,50 Streikunterstützung; M. 3987,75 Unterstützung für Gemaf-

regelte; M. 163,10 Reiseunterstützung; M. 242,50 Unterstützung an Hülfbedürftige. Ferner: M. 157,50 für die Platz- und Bauteilkontrolle am 2. und 3. September; Fahrgehalt und Ausgaben für Kontrolleure während des Streiks M. 207,45; Entschädigung an die Kontrolleure während des Streiks M. 666,80; für die Kontrolle des Unternehmensnachweises M. 542,75; Entschädigung der Lohnkommission M. 1426,50; Prozeßkosten M. 264,70 und Unterstützung der Familien Inhaftirter M. 92.

Wie uns noch mitgetheilt wird, nimmt die Arbeitslosigkeit zu, so daß es der Fernhaltung des Zuzuges bedarf, um das Ertrugene aufrecht erhalten zu können.

Röflich ist ein Schauerroman, den die „Vaugewerkzeitung“ in ihrer Nr. 83 vom 16. Oktober d. J. über die bösen Streiker erzählt. Ein „Gewährsmann“ (wir verweisen auf den Leitartikel der vorliegenden Nummer. D. R. des „Zimmerer“) schreibt ihr angeblich Folgendes: Jeder Maurer- oder Zimmergeselle, der auf einem Bau arbeiten will, muß ein Kontrolrbuch besitzen. Während der Arbeitspausen, gewöhnlich während des Frühstücks und der Vesper, erscheint auf dem Bau ein „Kontrolleur“ und fragt, ob die Gesellen den Streikbeitrag bezahlt haben. Jeder muß das Kontrolrbuch vorzeigen und erhält gegen Zahlung des Betrages eine Marke eingeklebt. Fehlen in dem Buch Marken, oder weigert sich der Geselle, den Beitrag zu zahlen, dann muß er den Bau verlassen. Dem Polier wird mitgetheilt, daß er den Gesellen zu entlassen habe, oder sämtliche Gesellen würden die Arbeit niederlegen. Findet sich wirklich einmal ein Geselle, der nicht seinen Beitrag zahlen und doch weiter arbeiten will, so kann er mit Sicherheit darauf rechnen, daß er beim Verlassen der Baustelle oder sonst an einem „sicheren“ Ort windelweich geschlagen wird. Bevor die Polizei kommt, die nicht einmal leicht herbeizurufen ist, da sich gewöhnlich nicht die Leute zum Schiden finden, sind die Uebelthäter, welche den arbeitswilligen, aber nicht freiwillig zahlenden Gesellen geschlagen haben, längst über alle Berge. Der Mißhandelte wagt fast niemals, einen Strafantrag zu stellen, denn er ist dann überhaupt nicht mehr seines Lebens sicher. „Der Wirth dann zum Krüppel geschlagen,“ so lautet der Ausdruck unseres Gewährsmannes. Ein Geselle erzählte ihm — das ist nur ein Fall unter sehr vielen — daß er im vorigen Jahre einen Streik nicht mitgemacht habe, da sei er auf der Baustelle so geschlagen worden, daß er 19 Wochen habe im Krankenhaus liegen müssen. Da in diesem Falle der Geselle den Strafantrag gestellt hat und auch Zeugen vorhanden waren, so haben die betreffenden „Schläger“ 9 Monate Gefängniß bekommen. In dem Hamburger „Grundstein“ wurde dann aber öffentlich gewarnt, diesen Gesellen in Arbeit zu stellen. Der Geselle hat sich darauf nach verschiedenen Orten gewandt, um dort Arbeit zu finden, aber vergebens, das Kartell ist viel zu mächtig und zu wohl organisiert. Er konnte auf keinem Bau in Arbeit bleiben. Nun ist der Mann Portier geworden, weil es ihm unmöglich gemacht wird, in seinem erlernten Handwerk seine Familie zu ernähren, denn als Maurer kann er nicht mehr arbeiten. Das nennen die Streikagitatoren „Freiheit“. Gebessert können solche himmelschreienden Zustände nur werden, wenn nicht bloß der geschlagene oder bedrohte Arbeiter Strafantrag stellen darf, sondern auch sein Arbeitgeber, oder noch besser die Korporation, welcher der Arbeitgeber angehört; denn wenn der Arbeitgeber anzeigt, dann können auch für diesen schlimme Folgen entfallen, welche zunächst darin sich zeigen würden, daß man seinen Bau sperrt.“

**Der Ausschuß des Innungsverbandes deutscher Vaugewerkmeister** hat sich unter Vorbehalt des bekannten Baumeisters ohne Vaugeschäft und Inhabers dieser gutbezahlter „Ehrenposten“ Felisch mit der Bekämpfung der Zustände im Vaugewerbe beschäftigt. Es wurde beschlossen, eine vom Verbands-Ehrenmitgliede, Kreisgerichtsrath Dr. Gipse, verfaßte Eingabe an das Reichsjustizamt und die obersten Justizbehörden der deutschen Bundesstaaten zu richten, welche zum Zwecke der Verminderung und Eindämmung von Streiks die schärfere Handhabung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung empfiehlt. Die Eingabe gipfelt in dem Antrage, „im Aufsichtswege Anordnungen zu treffen, durch welche die Verwaltungs- und Polizeibehörden angewiesen werden, innerhalb der gesetzlichen Grenzen arbeitswilligen und friedliebenden Arbeitern nachhaltigen Schutz gegen Vergewaltigungen durch ruhestörende, arbeitscheue Personen zu verschaffen. Ferner sollen die Anklagebehörden die Weisung erhalten, gegen alle die, ruhige Arbeiter störenden oder aufwiegenden Elemente, insbesondere gegen die sog. „Leiter der Streikbewegung“, die Mitglieder der Streik-, Lohn- oder Kartellkommissionen, als Anstifter dazu, die öffentliche Anklage zu erheben.

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: Somit genügt also der Vaugewerkmeister die gegenwärtige Auslegung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung seitens der Gerichte und Polizeibehörden noch nicht; für sie ist erst dann allen Ansprüchen genügt, wenn sich Polizei und Richter ganz in den Dienst der Unternehmerinteressen stellen würden. Diese Art, die Rücksichtslosigkeit so weit zu treiben, daß man den schon ökonomisch so abhängigen Arbeiter gänzlich wehrlos den Lappen und der Profitgier der Baupostulanten überliefern will, kennzeichnet am besten die Gesinnung dieser Kreise. Es giebt kein Geschäft, in dem so wilde Spekulation getrieben wird, in dem so viele Emporkömmlinge mit den raffiniertesten Mitteln zu „angesehenen“ Gaunern geworden sind und sich die Halbwelt so zahlreich ihr Neidgott giebt, als im Vaugewerbe. Und diesen Elementen, die jährlich die Arbeiter um Tausende betrügen, indem sie den Arbeitern ihren rechtmäßig verdienten Lohn nicht zahlen, die

Krankenkasse und Unfallversicherungs-Genossenschaft um Tausende prellen, diesen Zuchtverirrten der schlimmsten Art soll ein noch größerer Schutz gewährt werden gegen die berechtigten Ansprüche und die Abwehr der Arbeiter. Wahrlich, unsere Meinung über das heutige Regierungssystem ist nicht allzu hoch gestimmt, aber daß man sich ganz in den Dienst dieser Gesellschaft stellen könnte, halten wir doch für nahezu unmöglich.

**Die Ausbeuter wüthen gegen jede Arbeiterorganisation,** die es unternimmt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Im Siegerlande (Westdeutschland) hatte sich vor Kurzem ein Verein christlicher Arbeiter der Eisen-, Berg- und Metallindustrie gebildet. In einigen Wochen zählte der neue Verein über 1000 Mitglieder. Dieser Erfolg war den Kohlenbaronen ein Dorn im Auge. Der erste Vorwand, der sich fand, wurde dazu benutzt, den Vorstand des Vereins zu entlassen. Der Vorstand hatte sich erlaubt, in einer Vereinsversammlung zu sagen: es wäre besser, Arbeiter statt Beamte in die Knappschaffstellen zu wählen, da die Beamten nicht ganz unabhängig wären. Wegen dieser Äußerung wurde der Vorstand entlassen. Als er um Rücknahme der Entlassung bat, da er sich nichts habe zu Schulden kommen lassen, wurde ihm bedeutet, er könne nur dann wieder aufgenommen werden, wenn er die Stelle als Vorstand des christlichen Arbeitervereins niederlege und nie mehr eine Versammlung abhalte. Der Vorstand lehnte dieses Ansuchen ab, er ist und bleibt nun entlassen. Der Mitglieder des Vereins hat sich ob dieses Vorganges eine lebhaftere Erregung bemächtigt. In einer Protestversammlung wurde die Wiederanstellung des Vorstandes verlangt, wird sie abgelehnt, so steht ein Streik bevor. Öffentlich nehmen sich andere „christliche Arbeiter“ diesen Vorgang zur Lehre und gründen erst gar keinen Verein, sondern treten den bestehenden Gewerkschaften bei.

**Aus anderen Berufen.** Der Verband der Schneider veröffentlicht seine Abrechnung für das zweite Quartal 1897. Der Verband zählt in 218 Zahlstellen 8346 männliche und 759 weibliche Mitglieder. Die Einnahme betrug, mit einem alten Bestande von M. 26 367,49, zusammen M. 36 687,14; die Ausgabe M. 6842,97, so daß ein Bestand von M. 29 844,17 am Schlusse des Quartals vorhanden war. Ausgegeben wurde für die Fachpresse M. 2770, für andere Agitationschriften M. 712,50, für mündliche Agitationen M. 1721,07, für Streiks M. 863,75, für Gehälter M. 543.

Der Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands veröffentlicht die Jahresabrechnung für das 11. Geschäftsjahr (1. April 1896 bis 31. März 1897). Die Gesamteinnahmen betragen einschließlich eines Barbestandes, der sich auf M. 21 596,25 beläuft, M. 65 155,91. Von den Gesamtausgaben M. 24 138,60 entfallen auf Reiseunterstützung M. 5495,87, auf Ortsunterstützung M. 4491,50, auf Streikunterstützung M. 864,50, für Unterstützung Arbeitsunfähiger M. 567,50, für Vereinsorgan M. 3774,81 (denen jedoch eine Einnahme von M. 1265,50 gegenübersteht). Gehälter M. 2200, Verwaltungskosten der Filialen inkl. 10 pSt. für Mühewaltung M. 4797,48, Verwaltungskosten der Hauptkassen M. 1138,03, sonstige Ausgaben M. 30,75, an die Generalkommission M. 455,60, für Kongresse usw. M. 321,55. Der Kasienbestand betrug am Jahresabschluß M. 41 018,31, davon M. 32 943,40 in der Hauptkasse und M. 8074,91 in den Verwaltungsstellen. Der Verein zählte am Ende des Geschäftsjahres 57 Zahlstellen und 3208 Mitglieder. Lohnbewegungen fanden 8 statt, von denen 5 (davon 4 ohne Streik) erfolgreich waren, 2 einen theilweisen und eine keinen Erfolg hatten. Für dieselben wurden außer dem vom Verein gezahlten Betrage noch M. 1635,40 an freiwilligen Beiträgen der Mitglieder ausgegeben. Von der Zentralkasse wurden außerdem an freiwilligen Beiträgen der Mitglieder eingenommen und davon den streikenden Textilarbeitern in Kottbus M. 156,85 und den Hafnarbeitern in Hamburg M. 1254,33 überwiesen. Die Sterbekasse des Vereins (1147 Mitglieder) hatte eine Einnahme von M. 3851 und eine Ausgabe von M. 3675,25.

Der Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hatte am Anfang des Jahres 1896 in 100 Mitgliedschaften 4278 männliche und 101 weibliche Mitglieder, am Schlusse desselben Jahres war die Zahl auf 5269 männliche und 555 weibliche Mitglieder gestiegen. Als Jahresdurchschnitt sind jedoch nur 3810 männliche und 174 weibliche zahlende Mitglieder angegeben. Einschließlich eines Bestandes vom vorigen Jahre, der sich in den Zahlstellen auf M. 1391,04, in der Hauptkasse auf M. 12 660,97 beläuft, betrug die Gesamteinnahme 57 139,17. Von der Gesamtausgabe in Höhe von M. 41 228,44 entfallen auf Reiseunterstützung M. 6996,71 (16 1/2 pSt.), Verwaltungskosten M. 7846,42 (18 1/2 pSt.), Vereinsorgan M. 7607,45 (17 1/2 pSt.), Gehälter M. 2160 (5 pSt.), Rechtschutz 452,33, Extra-Unterstützungen M. 245,40, Agitation 1079,19, Stellenvermittlung M. 114,98, an die Generalkommission M. 713,60, sonstige Ausgaben M. 530,25, Streikunterstützung an andere Gewerkschaften M. 1075, Streikunterstützung an die Berufsgenossen M. 12407,71, dazu kommt ein Zuschuß zum Berliner Streik von M. 14500, so daß die Hauptkasse an Streikgebern insgesamt M. 26 906,71 oder 62 pSt. der Vereins-einnahme gezahlt hat. In 50 Städten fanden Lohnbewegungen statt, davon endeten 40 mit einem Erfolg, 9 hatten theilweisen und einer keinen Erfolg. Der Berliner Streik kostete, soweit es sich bis jetzt feststellen läßt (eine definitive Abrechnung liegt noch nicht vor) M. 93 588.

Der Verband der Sattler, Tapezierer und verw. Berufsgenossen veröffentlicht seine Abrechnung für das 2. Quartal 1897. Die Mitgliederzahl betrug 2159. Die

Einnahmen in den Filialen belaufen sich mit den alten Beständen von M. 1999,10 auf M. 5089,70; die Hauptkassette erhielt davon M. 2319,17, ihre Einnahme, mit dem alten Bestände von M. 6078,87, beträgt M. 8398 04; die Ausgabe M. 2513,80. Unter den Ausgaben bilden die Unkosten für die Generalversammlung (M. 1092) den größten Posten. Neben der Verbands-Hauptkasse besteht noch ein Unterfüßungsfonds; die Einnahme desselben betrug M. 249,32, die Ausgabe M. 40.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat die Vertrauensleute der Former in schamloser Weise gemäßigelt. Obgleich es in den vor dem Einigungsamt anerkannten Bedingungen heißt, es soll keiner der am Streik beteiligten Arbeiter gemäßigelt werden, wurde den Vertrauensleuten erklärt, daß ihre Namen als verfehmt in das Kontrollbuch eingetragen seien. Später haben sich die Ausbeuter eines Besseren besonnen und den Beschäftigten doch den Arbeitsschein ausgestellt. In der Lugschleimaarenfabrik von Maschke in Dresden stellten sämtliche Arbeiter, 21 Mann, die Arbeit ein, da ihnen ein schon lange gegebenes Versprechen, einen festen Lohn tarif einzuführen, nicht gehalten wurde. Die Unternehmer in der Rohwarenbranche in Spandau haben unter sich eine Lohnherabsetzung vereinbart; dieselbe stößt erventlicher Weise auf Widerstand, der theils schon Erfolg gehabt hat. 27 Arbeiter streikten. In Stettin legten an einem Schulbau 60 Maurer die Arbeit nieder, da der übliche Lohn von 45 M pro Stunde nicht gezahlt wurde. Der Münchener Schuhmachereistreik ist, nachdem die Zahl der Streikenden auf 30 gesunken war, als beendet erklärt worden. Für die Streikenden gingen im Ganzen M. 6639,72 ein, darunter M. 2000 aus der Hauptkasse des Schuhmacherverbandes. Die Ausgabe bis Ende des Streiks betrug M. 6190. Die Handschuhmacher in Feiz, etwa 90 Mann, welche alle ihrer Organisation angehören, haben den Handschuhfabrikanten einen Lohn tarif unterbreitet, der eventuell durch einen Streik eingeführt werden soll. Die größte Fabrik, in der etwa 70 Handschuhmacher beschäftigt sind, hat sich auf Unterhandlungen eingelassen, so daß Aussicht vorhanden ist, daß es zum Streik nicht kommt.

Ausland. In Luzern (Schweiz) streikten die Maurer und Handlanger, zusammen etwa 600 Personen; sie fordern: Zehnstündige Arbeitszeit; für Maurer 50 Rp. Minimallohn pro Stunde, für Handlanger 42 Rp., für Pfasterträger 32 Rp. Die Streikenden verhalten sich ruhig, 200 sind bereits abgereist, nichtbestoweniger hat der Regierungsrath zwei Bataillone Infanterie und eine Schwadron Kavallerie aufgebieten, um eventuell gegen die Streikenden einzuschreiten. Man sieht, auch in der Schweiz ist die Regierung nur ein Ausschuß, welcher die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten hat. In Bern (Schweiz) streikten die Buchbinder, 84 Personen, darunter 33 Arbeiterinnen. Die Regierung will den deutschen „Groben-Anfugs“-Männern nichts nachgeben und hat daher das Streikpostenstehen verboten.

Eine Organisation der Streikbrecher besteht in England und soll, wie auf ihrem Kongreß behauptet wurde, 182 000 Mitglieder umfassen. Die „Organisation“ wurde von Unternehmern gegründet zur Bekämpfung der Trades-Unions. Außer den Werkführern, Speichellekern und allerhand charakterlosen Subjekten gehören der Vereinigung auch Arbeiter an (und das ist die große Mehrzahl), welche dazu von den Unternehmern gezwungen wurden. Uebrigens stehen die Mitglieder meist nur auf dem Papier. Daß die Vereinigung nur ein Nachwerk der Ausbeuter ist, zeigt eine Resolution, die auf dem Kongreß zur Annahme gelangte und die folgendermaßen beginnt: „Dieser Kongreß begrüßt mit Befriedigung die Entschlossenheit, mit welcher die Unternehmer der Forderung der sozialistischen Führer der Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer“ nach einem Achtstundentage bis zum äußersten Widerstand leisten usw.“ Der Herr, der diese Resolution gegen die Maschinenbauer beantragt hat, ist dem „Daily Chronicle“ zufolge ein Vorarbeiter der Firma Siemens Brothers & Co., während verschiedene Delegirte aus Städten kommen, in denen nur sehr wenige „freie Arbeiter“ vorhanden sein können. In England selbst wird die „Free Labour Association“ geründet ernst genommen, weil man weiß, daß dieselbe von den Unternehmern mit Geld unterstützt wird, weshalb auch keine Veröffentlichung über die Beiträge erfolgt. Die deutschen Kapitalistenblätter bringen aber über den Kongreß große Berichte und wollen ihre Leser glauben machen, die englischen Arbeiter machten gegen die Trades-Unions mobil. Die englischen Arbeiter lachen über das mißlungene Nachwerk bonirter Unternehmer.

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

Der Senior der sozialdemokratischen Partei, Wilhelm Liebknecht, hat nun als Zweundsiebzigjähriger demnächst die viermonatliche Gefängnißstrafe anzutreten, die ihm von der Breslauer Strafkammer wegen Majestätsbeleidigung, nach Ansicht der Richter begangen bei der Eröffnung des Breslauer Parteitagcs vor zwei Jahren, zudiktirt wurde. Die gegen die „Dolus eventualis-Verurtheilung“ eingelegte Revision ist vom Reichsgericht verworfen worden.

Ein Urtheil von prinzipieller Wichtigkeit fällt das Münchener Schöffengericht. Der Vorsitzende des dortigen Gewerkschaftsvereins, Genosse Kraglich, sowie Gasner Maier und Schneider Masner wurden wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung im Mandatswege zu je 14 Tagen Gefängniß verurtheilt. Es wurde ihnen zur Last gelegt, in einer Versammlung durch Ehrverletzung die seinerzeit nichtstreikenden Gasnergehülsen

zur Theilnahme an dem ausgebrochenen Gasnerstreik zu veranlassen versucht zu haben. Gegen das Urtheil hatten die Angeklagten Berufung eingelegt. Rechtsanwalt E. Jöppl wies in seinem Plaidoyer darauf hin, daß vor allen Dingen der Anklage eine Unterlage, welche der § 153 der Gewerbe-Ordnung voraussetzt, nämlich die Tendenz, die Nichtstreikenden zur Theilnahme am Streik veranlassen zu wollen, fehle. Die Ehrverletzung allein ist nach dem § 153 nicht strafbar. Nach dem Grundsatze in dubio pro reo muß vom Gericht jedes andere Motiv vorgekommener Ehrverletzungen geglaubt werden, so lange dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden kann, daß die Tendenz des § 153 sie leitete, insbesondere, da Ehrverletzungen in öffentlichen Versammlungen das ungeeignetste Mittel sein dürften, sogenannte Streikbrecher unzustimmen. Thatsächlich erzielte die Vertheidigung wiederholt Freisprechungen in Fällen, wo noch gröblichere Ehrverletzungen und sogar Körperverletzungen Streikender gegen Streikbrecher zur Verhandlung standen. Ein genügendes Motiv, auf die Streikbrecher erbittert zu sein, war für die Angeklagten vorhanden. Die Nichtstreikenden haben seinerzeit ihr Wort gegeben, im Streik anzuhalten. Bei der ersten besten Gelegenheit siefen sie um und kosteten dadurch ihren streikenden Kollegen große Opfer an Zeit und Geld. Nichtsdestoweniger nahmen sie jetzt an der schließlichen Ergeben des Lohnkampfes Theil. Diese Erfolge zu erzielen, ist nur durch Solidarität möglich und nach dem Ehrenkodex der Arbeiter der Mangel an Solidarität ein Unrecht.

Der Gerichtshof, welcher anfangs den Angeklagten wenig günstig gesinnt schien, entsprach dem Antrage des Vertheidigers und sprach die Angeklagten unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse frei.

**Kleine Chronik.** Das Bielefelder Schöffengericht hat das Streikpostenstehen wieder einmal als „groben Anflug“ gestempelt. In dem Urtheile wurde ausgeführt: „es sei gerichtsnotorisch, daß das Streikpostenstehen eine Verleumdung des Publikums bilde“. Die Geldsammlung für die Hamburger Hafenarbeiter zeitigte auch in Breslau gegen das Gewerkschaftskartell eine Anklage wegen unerlaubter Kollekte. Gegen das zugesandte Strafmandat in Höhe von M. 3 erhoben neun Delegirte Einspruch, und hatte sich deshalb am 8. d. M. das Schöffengericht mit der Sache zu beschäftigen. Das Gericht bestätigte die Strafmandate, und nur in einem Falle wurde aus formalen Gründen auf Freisprechung erkannt. In Bremerhaven ist den Vorsitzenden mehrerer Gewerkschaften vom Amtmann Dommies die Weisung zugegangen, daß die Sammlungen für die streikenden Maschinenbauer in England strafbar sind. Die Senatsverordnung, auf die sich der Herr Amtmann beruft, entfällt die Bestimmung, daß öffentliche Kollekten der Genehmigung bedürfen. In der Untersuchung wegen Geheimbündelei, die von der Magdeburger Behörde gegen einige Gewerkschaftler eingeleitet ist, haben vor einigen Tagen wieder kommissarische Vernehmungen stattgefunden. Wie mitgetheilt wird, verliefen die Vernehmungen resultatlos, da die Vorgeladenen keinerlei Aussagen machten. Unter sonderbaren Umständen wurde in Halle die Versammlung des Verbandes der Metallarbeiter aufgelöst. Im Laufe der Verhandlung nahm ein Redner das Wort, der in etwas erregter Weise schilderte, wie er angeblich ohne Grund eine ganze Nacht im Polizeigewahrsam zubringen mußte. Mitten in der Darstellung des Erlebten erhielt der Redner eine sehr unliebsame Unterbrechung, indem sich der überwachende Beamte erhob, die Versammlung auflöste und den Redner verhaftete.

**Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.**

Zum Präsidenten des Reichsversicherungsamtes ist der Direktor im Reichsversicherungsamt, Geheimerr Oberregierungsath Gabel, ernannt worden.

Zur Reform des Unfallversicherungsgesetzes. Zahlreich sind die Klagen der durch Betriebsunfälle um ihre Gesundheit gekommenen Arbeiter darüber, daß sie erst nach einem langwierigen, komplizirten und mit persönlichen Opfern verbundenen Verfahren die Rente zugesprochen bekommen. Die Redaktionen der Arbeiterzeitungen wissen ein Lied davon zu erzählen, denn kaum ein Tag vergeht, wo sie nicht von Arbeitern, die um ihre Rente kämpfen müssen, aufgesucht werden. Die durch und durch bürokratisch verwalteten Berufsgenossenschaften wollen nun partout keine Verkürzung der Karenzzeit eingeführt wissen, während die Aerzte, die von der Sache doch auch etwas verstehen, auf die Vereinfachung des Verfahrens drängen. Jetzt wird ein neues gewichtiges ärztliches Urtheil über die Dringlichkeit der Verkürzung des Verfahrens bekannt. Es geht von der Berliner medizinischen Fakultät aus und hat die Professoren Jolly und v. Leyden zu Urhebern.

Die Berliner medizinische Fakultät gab 1891 auf Antrag des Reichsversicherungsamtes ein Gutachten über eine als „traumatische Neurose“ bezeichnete Erkrankung eines Arbeiters ab, der im Jahre 1887 auf dem Grundstück Rosenthalerstraße 14 in Berlin einen Unfall dadurch erlitten hat, daß ihm, als er in der einen Meter tiefen Baugrube arbeitete, der Langbaum eines umfallenden beladenen Schubkarrens gegen die rechte Gesichtshälfte schlug, was nach einigen Tagen die Arbeitsunfähigkeit des Arbeiters zur Folge hatte. Er erhielt vom 29. Juli 1889 keine Rente mehr, da er vom Gewerksarzt für wiederhergestellt und erwerbsfähig erklärt worden war. Der Arbeiter suchte diesen Entscheid an, weil er noch gänzlich erwerbsunfähig sei, die Berufsgenossenschaft blieb aber trotz eines zu Gunsten des Arbeiters sprechenden

Attestes des Oberarztes der Nervenklinik an der Charité bei ihrer gegentheiligen Meinung; schließlich er suchte das Reichsversicherungsamt die medizinische Fakultät der Berliner Universität um ein Obergutachten, und auf Grund dessen erhielt der verunglückte Arbeiter durch Entscheid vom 13. September 1891 endlich die volle Rente im Betrage von M. 512, die später, vom 9. April 1894 ab, auf Grund übereinstimmender ärztlicher Gutachten auf 25 pBt. herabgesetzt wurde, welche Rente der Arbeiter noch jetzt bezieht.

Diesem Obergutachten, das jetzt in den Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes veröffentlicht wird, ist ein vom Monat Juli dieses Jahres datirter Nachtrag beigelegt, der für die Nothwendigkeit der Abkürzung des Verfahrens bei der Rentenfeststellung geradezu klaffich Zeugniß ablegt. Die betreffenden Stellen des Nachtrags, die keines Kommentars bedürfen, lauten wie folgt:

„Ein Punkt, der in den Erörterungen der letzten Jahre mehr als früher in den Vordergrund getreten ist, ist der, daß bei vielen der durch Unfälle herbeigeführten Nervenerkrankungen eine gewissermaßen äußerliche Komplikation den ungünstigen Verlauf bedingt, nämlich der Kampf um die Rente und die von ihm unzertrennliche psychische Affektion (seelische Anstrengung) des um seine Entschädigung kämpfenden Verletzten. Von den verschiedenen Momenten, die diesen Kampf für viele der an ihm Beteiligten verhängnißvoll werden lassen, wollen wir nur zwei hervorheben, nämlich:

1. Die Schwierigkeit, in Fällen, in denen lediglich die subjektiven Angaben des Geschädigten über eine mehr oder weniger starke Behinderung der Arbeitsfähigkeit vorliegen, eine bestimmte Entscheidung zu treffen, und die durch diese Schwierigkeit bedingte Divergenz (Verschiedenheit) der Gutachten und Verzögerung der endgültigen Festsetzung der Rente.

2. Die irrige Vorstellung vieler der durch Unfälle zu Schaden gekommenen, daß die Rente nicht eine lediglich der Arbeitsbehinderung entsprechende Entschädigung, sondern vielmehr eine Art Schmerzensgeld darstelle, das der Schwere des erlittenen Unfalles, unabhängig von etwa eingetretenen Folgen, entsprechen müsse.

Durch die von dem ersten Momente unzertrennliche Hinausschiebung der endgültigen Entscheidungen und durch die in dem letzteren Momente liegende Verkehrtheit der Auffassung wird unvermeidlich eine nachtheilige Wirkung auf den Geisteszustand der Verletzten ausgeübt. Diese kann in einzelnen Fällen Anlaß zu eigentlicher Geistesstörung werden, in der Mehrzahl der Fälle spricht sie sich in der eigenthümlichen Verbitterung und Willenslosigkeit der Verletzten aus, die schließlich nur noch in einem Punkte Energie entwickeln, nämlich in dem leidenschaftlich geführten Kampfe um die Rente. Dieses psychische Moment ist denn auch dasjenige, welches in erster Linie einen gewissen einheitlichen Zug in die sonst so vielfach verschiedenen Krankheitsbilder bringt. Schließlich können wir nicht umhin, auch an dieser Stelle auf einen Umstand hinzuweisen, durch den die Schwierigkeiten der Entscheidung und damit ihre Verzögerung in vielen Fällen bedingt wird. Es ist dies die unvollständige Feststellung der ersten und direkten Unfallfolgen. Eine Revision der bestehenden Bestimmungen in dem Sinne, daß diese Folgen jedesmal möglichst bald ärztlich festgestellt werden müssen, und daß die zuerst behandelnden Aerzte jedesmal frühzeitig zu einem Bericht aufzufordern sind, würde häufig die Sachlage klären und damit eine sichere Begutachtung und rasche Entscheidung ermöglichen. Damit wäre wenigstens in einer Anzahl der Fälle den vorher erwähnten nachtheiligen Folgen verzögerter Entscheidung vorgebeugt worden.“

**Literarisches.**

Die erste Nummer einer neuen Zeitschrift des Dr. Jastrow ist soeben erschienen. Sie heißt: Der Arbeitermarkt. Monatschrift der Zentralkasse für Arbeitsmarktberichte. In der Einführung sagt der Herausgeber: „Die Technik des Arbeitsmarktes steht heute auf derselben Höhe, auf der sich der Waarenmarkt vor Einführung der Großmärkte, der Börsen, der modernen Verkehrsmittel befand; etwa wie man noch heute von China erzählt, daß in einer Gegend des Reiches Hungersnoth herrschen kann, während man in der anderen bei überreicher Ernte das Getreide auf dem Halme verfaulen läßt.“ Diesem Mangel will Dr. Jastrow durch seine neue Monatschrift abhelfen. Durch methodisch geführte Berichte über den jeweiligen Stand des menschlichen Arbeitsmarktes will der Herausgeber versuchen, einmal die unvollkommen gebliebene Technik in der Berichterstattung über die Lage des menschlichen Arbeitsmarktes allmählig auf die Höhe der Zeitanforderungen zu bringen und zweitens die zweckentsprechende Beschäftigung der Schaaren von Arbeitslosen zu fördern. „Zwei verschiedenen, aber miteinander eng zusammenhängenden Aufgaben soll also diese Zeitschrift gewidmet sein: Der Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes und über die Organisation des Arbeitsnachweises, der den Bedürfnissen jenes Marktes zu dienen bestimmt ist. Beide Aufgaben werden eine gewisse Ruhe und Mächtigkeit der Behandlung erfordern. Die Beschäftigung in den Reihen des Arbeitsmarktes als Ankläger oder Vertheidiger aufzutreten, mag sehr nahe liegen; aber ohne die großen Gesichtspunkte gerade aus den Augen zu verlieren, wird doch die Berichterstattung in erster Linie bemüht sein müssen, das Kleinwerk einzelner Thatsachen zu sammeln und den Leser in den Stand zu setzen, sich auf Grund

derselben ein eigenes Urtheil zu bilden." Unter der sachkundigen Leitung des bewährten Herausgebers wird das neue Unternehmen sicher viel zur Kenntniss unserer Zustände, im besonderen zur Aufklärung über die schwierige Frage der Arbeitslosigkeit beitragen. Der Arbeitsmarkt erscheint am 5. jedes Monats im Mindestumfang von acht Seiten. Preis jährlich M. 2. Einzelne Nummern 20  $\mathcal{A}$ . Die Redaktion befindet sich: Charlottenburg-Berlin, Berlinerstraße 131, Garten. Die Expedition: H. S. Hermann, Berlin SW, Beuthstraße 8.

Die 20. Auflage von Lommel's historischer Studie: Jesus von Nazareth ist soeben bei Wörlein & Comp. in Nürnberg erschienen. Die 19. Auflage, welche erst im Mai zur Ausgabe gelangte, war in wenigen Wochen vergriffen, so daß sofort zu einer neuen, der 20. Auflage der vortrefflichen Aufklärungsschrift geschritten werden mußte. Die Broschüre ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

### Briefkasten der Redaktion.

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission für die Lokalvorstände respektive Vertrauensleute bei.

**Spandau.** Mehr als ein Exemplar des „Correspondenzblattes“ kann nicht beigelegt werden; wenn die Kartelldelegirten selbige wünschen, dann müssen sie sich durch das Kartell direkt an die Generalkommission wenden.

**Gr.-Lichterfelde, W. M.** Hier ist allerdings ein Bericht von der Versammlung am 4. Oktober eingegangen. Der Abdruck desselben war jedoch durch Beendigung der Lohnbewegung überflüssig geworden.

**Kottbus.** Mit dem eingelaufenen Bericht wissen wir beim besten Willen nichts anzufangen.

### Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Versammlungs-Anzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Altona.** Mittwoch, den 27. Oktober, bei Ch. Sievers, Lohmühlenstr. 36.
- Bergeborf.** Sonnabend, den 30. Oktober, Abends 8 Uhr, in „St. Petersburg“.
- Bochum.** Sonntag, den 31. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, in der „Germaniahalle“.
- Barmen.** Sonntag, den 31. Oktober, bei H. Hildebrand.
- Bielefeld.** Sonntag, den 31. Oktober, Vormittags 9 Uhr, bei Wöbding, Turnerstraße.
- Calbe a. S.** Sonnabend, den 30. Oktober, beim Restaurateur Friede.
- Cannstatt.** Sonntag, den 31. Oktober, im „Russischen Hof“, Barthstraße.
- Dobersau.** Sonntag, den 31. Oktober, beim Gastwirth Bull, Neuereihe.
- Delmenhorst.** Sonnabend, den 30. Oktober, beim Gastwirth Peigmeier, Langestraße.
- Essen a. d. R.** Sonntag, den 31. Oktober, bei L. Felchner, Viehhofstr. 76.
- Elmhorn.** Sonnabend, den 30. Oktober.
- Flottbek.** Sonntag, den 31. Oktober, bei Schnepel in Niensiedten.
- Gaarden.** Donnerstag, den 28. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Petersen, Ecke der Schul- und Kielerstraße.
- Geringswalde.** Sonntag, den 31. Oktober, Zahlabend im Restaurant „Zum Schützenhause“.
- Hagen.** Sonnabend, den 30. Oktober, bei Tendam, Brühgäßchenstr. 2.
- Halberstadt.** Dienstag, den 26. Oktober, in Bollmann's Lokal, Wakenstr. 63.
- Hannover.** Dienstag, den 26. Oktober, in Boldt's Restaurant, Neuestr. 27.
- Hof.** Sonnabend, den 30. Oktober, in Hager's Restaurant, Marienstraße.
- Jever.** Sonnabend, den 30. Oktober, bei Ehmen, Am Markt.
- Kellinghusen.** Sonnabend, den 30. Oktober.
- Kriwitz.** Sonntag, den 31. Oktober.
- Lauenburg a. d. Elbe.** Sonntag, den 31. Oktober, Nachm. 4 Uhr, im Vereinslokal.
- Ludwigshafen.** Sonnabend, den 30. Oktober, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Zur rothen Laterne“, Kanalstraße 14.
- Löbtau.** Jeden Sonnabend Zahlabend in Kämpfer's Restaurant, Wernerstr. 16.
- Memel.** Sonntag, den 31. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, bei Weisse, Holzstr. 9.
- Mühlhausen i. G.** Sonnabend, den 30. Oktober.
- Nenkloster.** Sonntag, den 31. Oktober.
- Neumünster.** Mittwoch, den 27. Oktober, bei Kellermann, Böbnerstraße.
- Nürnberg.** Sonntag, den 31. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, im „König von England“.
- Pinneberg.** Sonntag, den 31. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, in der „Zentralhalle“.
- Pyritz.** Sonntag, den 24. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, bei Blaurock, Stadt-Parl.
- Rathenow.** Sonnabend, den 30. Oktober, Abends 8 Uhr, im Alex'ianer Restaurant, Mühlenstraße.
- Spandau.** Dienstag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr, bei Radtke, Neumeisterstr. 5.
- Waren.** Sonntag, den 31. Oktober, auf der Herberge.
- Warin.** Sonntag, den 31. Oktober, Nachmittags 6 Uhr, auf der Herberge.
- Weimar.** Sonnabend, den 30. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr, in Hoffmann's Kaffeehaus.

## Abrechnung

### Lohnbewegung der Zimmerer Bielefelds vom 4. Mai bis 7. August 1897.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse des Zentralverbandes..	M. 3715,20
„ Lokalkasse der örtlichen Zahlstelle..	„ 108,84
„ Von örtlichen Gewerkschaftskartell .....	„ 1205,—
Auf Listen am Orte gesammelt .....	„ 462,15
Von während der Bewegung beschäftigt gewesenen Kameraden .....	„ 228,25
An Reiseunterstützung zurück .....	„ 8,—
Sonstige Einnänge .....	„ 2,—
<b>Summa ..</b>	<b>M. 5729,44</b>

Ausgabe.	
An Streikunterstützung für 14 Wochen .....	M. 4052,40
„ Mietheunterstützungen .....	„ 625,—
„ Reiseunterstützung .....	„ 626,—
Für Fernhaltung des Zuguges .....	„ 258,90
„ Agitation .....	„ 80,50
„ Rechtsschutz .....	„ 30,—
„ Anzeigen .....	„ 29,29
„ Schreibmaterialien .....	„ 4,30
„ Porto und Telegramme .....	„ 18,55
„ Diverse .....	„ 4,50
<b>Summa ..</b>	<b>M. 5729,44</b>

**C. Klose,** Kassierer.  
Für die Richtigkeit:  
**Aug. Becker,** Vorsitzender.  
**Friedr. Fischer, A. Koeppe,** Revisoren.

## Anzeigen.

### Nachruf.

Am 3. Oktober starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kamerad

### Paul Reinert

im Alter von 45 Jahren. Wir werden ihm ein trennes Andenken bewahren.

[M. 3,30]

Zahlstelle **Ohlau.**

### Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Neuaufnahmen, Berichtigungen und Veränderungen werden nur bei Quartalswechsel berücksichtigt und zwar müssen diesbezügliche Meldungen 14 Tage vor Quartalschluss in unseren Händen sein. Neuaufnahmen erfolgen nur bei Vorausbezahlung.)

- Altona.** Verkehrslokal u. Herberge b. Chr. Sievers, Lohmühlenstr. 36.
- G. Friedrichs, Gastwirthschaft und Klublokal, Gr. Bergstr. 170.
- Verkehrslokal bei Carl Fischer, Wilhelmstr. 37.
- Berlin, N.** Chr. Gilgenfeld, Bergstr. 60, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 6, Sonntags Vorm. von 10—12 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentafel.
- W. Zippke, Marktstr. 14, Eingang Grünerweg, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle der Zentral-Krankentafel, Bezirk 5, Sonntags Vorm. von 8 1/2—12 Uhr, Sonnabends und Montags Abends von 8 1/2—10 Uhr. Telefon: Amt VII, 4237.
- A. Bachmann, SO., Eisenbahnstr. 35, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 2, Sonntags Vormittags von 10—12 Uhr.
- H. Fallert, Wallstr. 16, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 1, Sonntags Vorm. von 10—12, Montags Abends von 8—10 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentafel, Montags Abends von 8—10 Uhr.
- Verbandslokal und Arbeitsnachweis für Bezirk 3 bei Rothe, Kreuzbergstr. 12, zugleich Zahlstelle der Zentral-Krankentafel, Sonntags Vorm. von 8—12 Uhr. Telefon: Amt VI Nr. 4281.
- Bochum.** Herberge beim Gastwirth Krüger, Schützenbahn 8.
- Breslau.** Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankentafel: Oberstr. 3, „Grüner Hirsch“. Zentralherberge: „In den drei Lauben“, Neumarkt 8.
- Bremen.** Herberge und Verkehrslokal des Verbandes sowie Zahlstelle der Zentral-Krankentafel, Zahlabend am 1. und 3. Sonnabend eines jeden Monats, bei Wendfeld, Kleine Felle 40.
- Bergeborf.** Zentralherberge und Verkehrslokal bei Joh. Weg, Tapferwiete 8.
- Charlottenburg.** Dienstags nach dem 1. und 15. jedes Monats Versammlung und Zahlabend der Zentral-Krankentafel. Arbeitsvermittlung, Verkehrslokal und Zentralherberge bei Leder, Bismarckstr. 74.
- Verkehrslokal und Arbeitsvermittlung für Zimmerer bei G. Spöhmuth, Krummelstr. 41, Ecke der Pestalozzistr.
- Chemnitz.** Verkehrslokal Landgraf's Restaurant, Hainstraße 41, Zahlabend jeden Dienstag. Vertrauensmann des Verbandes Wengholdt, Gieselerstraße 19.
- Crimmitschau.** Verkehrslokal und Herberge bei Karl Ahnert, Johannesplatz. Jeden Sonntag werden von 11—1 Uhr Mittags Beiträge entgegengenommen.
- Cöpenitz.** Verkehrslokal bei Aug. Troppens, Grünstr. 58. Sonntags nach dem 15. jedes Monats Auflage.
- Danzig.** Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes: Große Mühlengasse 9. Alle 14 Tage Versammlung der Zahlstelle des Verbandes und der Zahlstelle der Zentral-Krankentafel.
- Dresden.** Verkehrslokal und Zahlstellen des Verbandes: Bezirk 1. Behl's Restaurant, Mittelstr. 6.
- Bezirk 2. Albrechts-Hof, Albrecht- und Seidenhägerstr.-Ecke.
- Bezirk 3 (Neustadt). Zimmermann's Restaurant, Schönbrunnstr. 1.
- Bezirk 4 (Striesen). Restaurant „Deutsche Eiche“, Huttenstr. 1.
- Geschäftsstunden in allen Zahlstellen sind jeden Sonnabend im Winter (Oktober bis März) von 7—9 Uhr, im Sommer (April bis September) von 8—10 Uhr Abends.
- Herberge: Sell's Gasthaus, Kleine Brüdergasse 17.
- Essen a. d. Ruhr.** Verkehrslokal bei Leo Felchner, Viehhofstr. 76.
- Halle a. d. S.** Verkehrslokal und Herberge bei Streicher, Kleine Ulrichstr. 36.
- Hamburg.** Th. Woltmann, 1. Fehlandstr. 10, Keller, Verkehrslokal für Zimmerer. Jeden ersten Montag im Monat Zusammenkunft.
- Zentralherberge: Wied (vormals Diehl), Große Rosenstr. 37.
- Hamburg-Barmbeck.** Verkehrslokal für Zimmerer bei Rudolf Giesbrock, Hamburgstr. 134, gegenüber der Glastr.
- D. Niemeier, Wandbekerstr. 129, 1. Etage. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
- Hamburg-Fischb.** Verkehrslokal für Zimmerer bei F. Witten, Wandbeker Chauffee 156. Am zweiten Donnerstag eines jeden Monats Zusammenkunft.
- Hamburg-Gimsbüttel.** Fr. Zemke, Verkehrslokal, Belle-Alliancestraße 46.

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

Verwaltungsstelle Rummelsburg b. Berlin.  
Montag, 1. November, Abds. 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Saallokale.  
Tagesordnung: Abrechnung vom 3. Quartal.  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig. [M. 1,10] **A. Weithaase.**

### Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer.

Verwaltungsstelle Potsdam.  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Lokale des Herrn Glaser,  
am Donnerstag, 28. Oktober, Abends 8 Uhr.  
[90  $\mathcal{A}$ ] **Der Vorstand.**

### Zahlstelle Koburg.

Montag, 1. November, Abends 5 Uhr,  
in der „Reichshalle“.

### Außerordentliche Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Erhebung der Beiträge. 2. Berathung des Lohn-tarifs 1898. 3. Verschiedenes.  
Das Erscheinen aller Kameraden ist notwendig.  
[M. 1,20] **Die örtliche Verwaltung.**

### Zahlstelle Gross-Lichterfelde.

Mittwoch, 3. November, Abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Lokale des Herrn Mönke.

Die Quittungskarten sind der Kontrolle wegen mitzuführen.  
[80  $\mathcal{A}$ ] **Der Vorstand.**

Alle diejenigen Zimmerer, welche dem Verbandsmitgliede **Hans Nagel** in Ludwigshafen, Dammstraße 1, noch Geldsummen schulden, werden hierdurch aufgefordert, dieselben binnen vier Wochen zu begleichen, widrigenfalls andere Schritte gegen sie unternommen werden.  
[M. 1,80] **Zahlstelle Ludwigshafen a. M.**

- Hamburg-Gimsbüttel.** Carl Hesse, Verkehrslokal, Gimsbütteler-Chauffee 74.
- Hamburg-Hamm.** Zimmererverkehr bei Aug. Oldach, Mittelstr. 67. Jeden ersten Montag im Monat Zusammenkunft.
- Hamburg-Rothenburgsort.** Th. Koblitz, Wilsdorfer Röhrendamm 209, Keller. Verkehrslokal für Zimmerer.
- Hamburg-St. Georg.** Wwe. Lange, Berlinertor 23, Verkehrslokal.
- Hamburg-Uhlenhorst.** Leop. Paedrich, Mozartstr. 17, Verkehrslokal für Zimmerer.
- Hamburg-Winterhude.** Wwe. Herzberg, Oldendorferstr. 7, part. Verkehrslokal für Zimmerer.
- Hannover.** Versammlungslokal und Zentralherberge bei Wolte, Neuestr. 27.
- Harburg.** Versammlungslokal der Zimmerer und Zentralherberge bei Büßenhop, Erste Bergstr. 7.
- Hellbrunn.** Jeden Sonntag nach dem Lohntag, Nachm. 3 Uhr, Versammlung. Verkehrslokal, Zentralherberge sowie Zahlstelle der Zentral-Krankentafel der Zimmerer im „Gasthaus zur Rose“, Marktplatz 6.
- Höhe.** Zimmerherberge und Verkehrslokal bei Gebr. Mehrstedt, Gasthof „Zur Linde“.
- Kellinghusen.** Herberge und Vereinslokal G. Wrage, Volkshalle.
- Kangshuf.** Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes Neufchottland 11, „Zum rothen Hahn“. Jeden Sonnabend Zahlabend.
- Leipzig.** Verkehrslokal, Arbeitsnachweis, Fremdenherberge und Zahlstelle der Zentral-Krankentafel im „Univ.-Stiftungslokal“, Ritterstr. 7; für Lindenau-Platz bei Reiter, Merseburger- und Weissenhofstr.-Ecke. Kassierer der Zentral-Krankentafel: Joseph Fröhliche, Leipzig-Neudöbnitz, Leipzigerstr. 3, und August Kaiser, Friedrichstr. 41.
- Löbtau.** Jeden Sonnabend und außerdem Mittwoch nach dem 1. und 15. eines jeden Monats: Zahlabend in Kämpfer's Restaurant, Wernerstr. 16.
- Loschwitz.** Zahlabend Sonnabends nach dem 1. und 15. eines jeden Monats in Leischke's Restaurant, Grundstraße.
- Lübeck.** Verkehrslokal: Fr. Spahmann, Hundestr. 101. Arbeitsnachweis: Wilhelm Garmon, Markesgrube 3, 2. Etage.
- Ludwigshafen a. M.** Versammlungslokal bei Zech, Friesenheimerstraße 47. Bei stattdienenden Versammlungen werden auch Beiträge für die Zentral-Krankentafel entgegengenommen. Zentralherberge: Bismarckstr. a. I.
- Mainz.** Verkehrslokal Restaurant „Zur Wanz“, Pfaffengasse. Jeden ersten Sonntag im Monat Versammlung; an den übrigen Sonntagen werden Beiträge entgegengenommen, letzteres auch für die Zentral-Krankentafel. Die Zentralherberge befindet sich „Zur Stadt Wiesbaden“, Auf dem Brand.
- München.** Fremdenherberge und Verkehrslokal des Verbandes „Kassauer Hof“, Dultstr. 4. Versammlung jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vorm. 10 Uhr. Dann werden auch Beiträge für die Zentral-Krankentafel entgegengenommen. — Verbandskassierer: A. Feuerbacher, Weidenstr. 7, 3. Et.
- Pankow-Nieberschönhausen.** Verkehrslokal bei F. Girschmeier, Florafraße 40. Beiträge werden Sonntags nach dem 1. und 15. jedes Monats entgegengenommen. Am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats findet Versammlung statt.
- Rixdorf.** Verkehrslokal, Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankentafel bei W. Anders, Wanzlischtr. 9.
- Rostock.** Verkehrslokal für die Verbandsmitglieder und Zahlstelle der Zentral-Krankentafel bei Wendland, Beguinentberg 10.
- Schwerin.** Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankentafel bei Carl Dragsolle, Gr. Moor 49.
- Stettin.** Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes, sowie Zahlstelle der Zentral-Krankentafel bei F. Weisberg, Bismarckstr. 10. Zentralherberge: Gr. Kastanie 14.
- Stuttgart.** Zentralherberge und Zahlstelle des Verbandes im „Gasthaus zum Hirsch“, Hirschstr. 14. Verkehrslokal und Zahlstelle der Zentral-Krankentafel: Holzstr. 18.
- Wilhelmshagen.** Verkehrslokal und Herberge beim Gastwirth W. Biedermann, Reiberstieg, Rogelbüttendamm 281.
- Wilhelmshafen.** Verkehrslokal und Herberge im Vereins- und Kongresshaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachweis bei G. Gerdes, Neue Wilhelmshavenestr. 4.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.